Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Sonnabend, den 22. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 248

Die betrogenen Eisenbahner.

Preisgabe des Achtstundentages bei der Eisenbahn durch die „Klassenkampforganisation" Deutscher Eisenbahner-Verband.

Am 8. und 9. Oktober 1921 fand im Eisenbahndirektionsbezirk Halle unter den Eisenbahnern eine Urabstimmung statt für einen Kampf gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen die Schmälerung der Rechte der Betriebsräte, gegen die Goslarer Richtlinien. Mit überwältigender Majorität, zirka 90 Prozent, entschieden sich die Eisenbahner für den Streik. Nur drei Teilresultate sollen die vorzügliche Stimmung unter den Arbeitern illustrieren.

In der Hauptwerkstatt Halle stimmten von 526 im DEV. Organisierten 499 für den Streik, 18 gegen den Streik, 9 Stimmen waren ungültig. Von 264 im AEV. organisierten Eisenbahnern stimmten 245 für und 12 gegen den Streik. Der Rest waren ungültige Stimmen. Von 277 anderen Organisationen angehörender Eisenbahnern stimmten 253 für und 12 gegen den Streik. 12 Stimmen waren ungültig. In der Ortsgruppe Leipzig entschieden sich von 7346 zur Abstimmung schreitenden Eisenbahnern 6908 für den Streik, 268 dagegen, während 58 Stimmen ungültig waren. Auf der Güterabfertigung in Halle wurden gezählt 360 Stimmen für, 16 Stimmen gegen den Streik.

Die Verhandlungen, welche in Halle mit der Eisenbahndirektion von den Gewerkschaften geführt wurden, brachten keinen Abschluß. Es wurden in Gegenwart von Vertretern des Hauptvorstandes vom DEV., des Hauptbetriebsrates beim Reichsverkehrsministerium einerseits, dem Ministerialrat Nr. Mosew und anderer Herren vom RMV. andererseits am Freitag die Verhandlungen in Halle fortgeführt, die aber ebenfalls zu keinem Abschluß kamen. Während die Eisenbahner ihrer ideellen Forderungen wegen auf den Kampfbeginn warten, erklärt bei einer Besprechung über die Vorkommnisse in Halle Apitsch, Hauptvorstandsmitglied des DEV., daß „wir die Kräfte aufsparen müssen für Lohnforderungen und Lohnkämpfe". Und Franz Scheffel, der Gewaltige des DEV., sagt: „Es sind weder Kampfesunterlagen, noch Kampfesmut vorhanden" und dürftet den Bezirksleiter von Halle ab, weil die Abstimmung im Direktionsbezirk Halle nicht statutengemäß vor sich gegangen ist. Einen Vorwand brauchte ja Herr Scheffel, um dem fast unvermeidlichen Kampfe auszuweichen. Er fürchtet sich ja, den Kampf mit allen Mitgliedern seiner Organisation in allen Direktionsbezirken der Eisenbahn zu führen gegen die Durchbrechung des Achtstundentages. Aus dem Grunde wurde ja auch die Presse nicht informiert. Ja, es wurden selbst die Organisationsmitglieder nicht über die Geschehnisse in Halle unterrichtet, weil man Angst hatte, daß außer den Eisenbahnern von Halle noch die Eisenbahner anderer Direktionsbezirke für die „Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft" eintreten würden.

Im Verbandsorgan „Deutscher Eisenbahner" Nr. 27 wird als Aufgabe hingestellt „die Sicherung der täglich achtstündigen Arbeits- oder Dienstzeit" und weiter „Sicherung eines maßgebenden Einflusses der Organisation bei Regelung der vorliegenden, sowie aller anderen Forderungen des Verbandes und seiner Mitglieder." Diese Worte ihres Hauptvorstandes nahmen und nehmen die Eisenbahner ernst, sie wissen, daß für die Sicherung des achtstündigen Arbeitstages, für den maßgebenden Einfluß der Organisation alle Kollegen zum Kampf antreten müssen. Anders schoß die Herren Scheffel, Kaulfuß, Kotzur, Breunig u. Komp. Wenn sie auch in der letzten Nummer des „Deutschen Eisenbahner" schreiben:

„Die Republik brachte Euch den Achtstundentag, das Koalitions- und Streikrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Die Republik gab Euch das Recht, für Eure Menschenwürde, für Eure Existenz zu kämpfen! Lernt den Wert der Euch in den Schoß gefallenen Rechte erkennen! Euch droht Gefahr! Oben und versteckt arbeiten die Nutznießer der vornovemberlichen „Ordnung" daran, Euch den Achtstundentag zu nehmen. Euch den Streik durch Gesetze zu verbieten. Euch das — so geringe — Mitbestimmungsrecht zu nehmen!"

Fürwahr, das klingt sehr kampfesmutig! Fürwahr, das sind Kampfesunterlagen. Herr Scheffel, Apitsch u. Komp.! Die Eisenbahner fühlen die Gefahr und stellen sich darauf ein. Der Hauptvorstand des DEV. geht trotz dieser Einstellung ins RMV. Dort wird eine Kommission geboren, deren Eltern sind: Ministerialrat Dr. Moser vom RMV. und Franz Scheffel, Vorsitzender vom DEV. Die Kommission hat an ihrer Spitze einen Unparteiischen aus dem Reichsarbeitsministerium. Sie wird weiterhin zusammengesetzt aus drei Vertretern des RMV. und drei Vertretern des DEV. Ihre Aufgabe ist es, grundsätzlich festzustellen den Begriff „geteilte Arbeitszeit". Auf Grund dieses Spruches, also Moser und Scheffel, erklärten, daß beide Teile sich diesem Schiedsspruch unterwerfen werden. Dieses Resultat ist so beschämend für die Taktik des Verbandes, daß man gestern morgen im Bureau des DMV. Halle einfach nicht daran glaubte und auf die Anfrage unserer Redaktion erklärte, die Nachricht von der Einsetzung eines sogenannten Schiedsgerichts beruhe auf Schwindel. Das Unglaubliche ist aber Wahrheit gewesen. Noch mehr. Es wurde weiterhin festgelegt, daß die zurzeit bestehenden Verhältnisse nicht geändert werden sollen. Das heißt also, die Hallenschen Eisenbahner haben nach den Richtlinien von Goslar zu arbeiten. Ohne Prophet zu sein, kann man heute schon sagen, daß der Schiedsspruch jener Kommission den Eisenbahnern nicht erhalten wird den Achtstundentag. Denn in dieser Kommission wird der Geist, der Graf- und Biedermänner, „des nicht schematisch aufzufassenden Achtstundentages", der nach oben abgerundet werden kann, walten.

Die Erbitterung unter den Eisenbahnern über den Verrat ihrer Führer ist im Anwachsen. Völlig falsch ist es aber, von physischem Ekel gepackt, der Organisation den Rücken zu kehren. Es wird die Zeit kommen, wo die Eisenbahner nicht mehr glaubend und vertrauend den Worten ihrer Gewerkschaftsführer folgen, sondern wo sie geschlossen, Beamte und Arbeiter, den Kampf aufnehmen gegen alle diejenigen, die ihnen Existenz und Menschenwürde absprechen.

Wirth muß sterben!

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Bericht.) Das Reichskabinett hat gestern vormittag über die Entscheidungsnote über Oberschlesien beraten. Nach dem „Vorwärts" steht man unter dem Eindruck, daß die Entscheidung noch ungünstiger ist, als das nach den ersten Veröffentlichungen zu erkennen war. Die Wirkung dieser Tatsache auf die bürgerlichen Fraktionen, zumal auf die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, ist unverkennbar. **Die Stimmung gegen das Kabinett Wirth hat sich verstärkt.** Es besteht die Absicht, neue Verhandlungen mit der Entente anzubahnen. Nach dem Wortlaut der Note sind die Aussichten auf irgendeinen Erfolg neuer Verhandlungen nur gering. Von welcher Seite das Kabinett Wirth abgelöst werden wird, ist einstweilen ganz unklar.

Berlin, 22. Oktober. (WTB.) In einer gemeinsamen Fraktions- und Parteiausschußsitzung beschäftigte sich die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die das Recht, über Verbleiben oder Gehen des Kabinetts Wirth zu entscheiden, allein dem Reichstag zuerkennt. Die Fraktion der USPD. beklagt lebhaft die Teilung Oberschlesiens. Dem Kabinett Wirth könne die Schuld an dieser ungünstigen Lösung nicht zugeschoben werden. Die Fraktion protestiert aufs schärfste gegen die Versuche, unter Ausschaltung des Reichstages einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen. — Laut „Deutscher Zeitung" sollen sich Zentrum und demokratische Fraktion gegen das Kabinett Wirth entschieden haben.

Reichstagszusammentritt am Montag.

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Bericht.) Im Aeltestenausschuß des Reichstages gab Reichstagspräsident Löbe die kurze Erklärung ab, daß die Regierung heute und Sonnabend nicht in der Lage ist, eine Erklärung über die oberschlesische Note abzugeben. Voraussichtlich wird der Reichstag erst am Montag zusammentreten und die Stellung der Regierung zur oberschlesischen Note erfahren.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung vor Zusammentritt des Reichstages wegen der oberschlesischen Note demissioniert.

Gesamtaussperrung der Buchdrucker in Berlin.

Berlin, 22. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Berliner Buchdruckereibesitzer haben gestern die Gesamtaussperrung der Buchdrucker beschlossen. Die Belegschaften der „Deutschen Tageszeitung", der „Germania" und das Hilfskreiperpersonal, denn die Besetzung des Maschinenbetriebes zugemutet wurde, in dem das „Berliner Tageblatt" hergestellt wird, wurden fristlos entlassen.

Laut Meldung der TU. hat die Krisis im Berliner Zeitungsgewerbe auch auf den Verlag der „Freiheit" übergegriffen, wo das technische Personal jetzt den Verlag drängt, gewisse schon früher aufgestellte Forderungen zu erfüllen. — Bei den bekannten Schwierigkeiten des „Freiheitverlags" ist die Krise verständlich.

Mordkorps Oberland.

Die „Münchener Post" bringt weitere Enthüllungen über das Freikorps Oberland, die zeigen, aus was für Gesindel es zusammengesetzt ist. Verschiedene Mordversuche werden angeführt, deren Zweck war, die Ermordeten zu berauben. Es wurde in einem Falle der Mann einer Frau ermordet, die die Geliebte eines der Mörder war. Als ein ehemaliger Angehöriger des Freikorps im September 1920 das veröffentlichte Material der Münchener Polizeidirektion übergab, war die Folge — nicht etwa Maßnahmen der Polizei gegen das Korps, sondern eine Benachrichtigung des Korps und Verfolgungen und Bedrohungen des Angebers durch die Freikorps-Leute.

Kriegervereine unter polizeilichem Schutz.

Berlin, 21. Oktober. (TU.) Auf das vom Kyffhäuser-Bund an das Reichsministerium gerichtete Schreiben hat der Reichsminister des Innern jetzt eine Antwort gegeben, in der u. a. gesagt wird: Die Verhütung der Ausschreitungen ist in erster Linie Sache der Länder, denen die Polizeihoheit zusteht. Die Landesregierungen sind auch meinerseits ersucht worden, friedliche Veranstaltungen der Kriegervereine usw. den nötigen polizeilichen Schutz zu gewähren.

Die falsche Rechnung.

Während des Krieges hatten die Staatsmänner diesseits und jenseits der Schützengräben dem leidenden Volke versprochen, nach dem Siege auf Kosten des Feindes im eigenen Lande einen neuen Wohlstand zu schaffen. Lloyd George schrat eben so wenig davor zurück, zu verkünden, daß Deutschland alle Kriegskosten bezahlen werde, wie die verschiedenen Kanzler des ehemaligen deutschen Kaiserreichs. Sie vergaßen dabei zwei Dinge:

1. daß der Krieg beide kriegführenden Teile wirtschaftlich so sehr geschwächt hat, daß einer auf Kosten des andern nicht reich werden kann;

2. daß es unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich ist, große Gütermengen, welcher Art immer — mit Ausnahme von Gold — umsonst zu bekommen, ohne die Wirtschaft des empfangenden Landes zugrunde zu richten!

An diesen Punkten scheitert der Versuch, die Unterproduktionskrise in den siegreichen kapitalistischen Ländern durch die Ausbeutung der besiegten Länder zu heilen. Es gab einige bürgerliche Nationalökonomen, die mit beachtenswerten Mut diese Tatsache — zum Teil noch vor dem Kriege — offen aussprachen: Norman-Angel, Keynes und andere. Aber es half nichts. Es mußte die große Krise kommen, um den Gedanken der vollen Entschädigung durch die Besiegten als undurchführbar zu beweisen.

Wenn wir uns die Geschichte der Wiedergutmachungsfrage vergegenwärtigen, finden wir drei Phasen:

1. **Wieviel sollen Deutschland und seine Bundesgenossen bezahlen?** Nachdem die humane Entente keine „Kriegsentschädigung" fordert, sondern nur die „Wiedergutmachung" des faktischen Schadens der Ententeländer, beginnt eine große Rechnung über die erlittenen Schäden. Die Privateigentümer, deren Häuser niedergebrannt, deren Schiffe versenkt, deren Maschinen von den Deutschen verschleppt wurden, sie alle wollten ein gutes Geschäft machen. Die „Boches" sollen zahlen, hieß es! In dem Buche von Keynes finden wir detaillierte Daten darüber, wie die Franzosen rechneten. Und in den französischen Arbeiterblättern finden wir Belege dafür, wie französische Fabrikanten auf Kosten des Staates, und zwar auf Kosten vorläufig des französischen Staates, daher der französischen Steuerzahler, statt ihrer alten, halbverfallenen Spelunken mächtige neue Fabrikanlagen errichten ließen.

2. **Wieviel kann Deutschland bezahlen?** Die Rechnung war fertig. Die Pariser Konferenz Januar 1921 setzte die Summe auf 226 Milliarden Goldmark fest! Aber inzwischen hatte sich die Fragestellung absolut verschoben. Es handelte sich nicht mehr darum, wieviel beträgt der Schaden der Alliierten, sondern wieviel kann Deutschland überhaupt bezahlen? (Es ist nur mehr von Deutschland die Rede: das verstümmelte Deutschösterreich muß im Gegenteil von der Entente unterstützt werden. Auch von Bulgarien, von der Türkei und von Ungarn ist kaum etwas zu holen.) 226 Milliarden sicherlich nicht!! Das ganze Volksvermögen Deutschlands wurde vor dem Kriege auf 800 bis 400 Milliarden Mark geschätzt. Es war durch den Krieg, durch die Abtrennung weiter Gebiete sehr zusammengeschmolzen. Außerdem ist darin der Wert von Grund und Boden enthalten, der kein wirkliches Vermögen ist, sondern nur kapitalisierte Grundrente darstellt. Es konnte daher nur von einer geringeren Summe und nicht von einer Bezahlung, sondern von einer Abzahlung in einem sehr langen Zeitraum die Rede sein. Die Alliierten einigten sich endlich auf 132 Milliarden Goldmark. Faktisch sollen nur 50 Milliarden Goldmark vorläufig von Deutschland „bezahlt" werden, d. h. es sind 5 Prozent und 1 Prozent Abzahlung jährlich zu verzinsen, mit andern Worten, vorläufig jährlich 3 Milliarden Goldmark zu zahlen. Die Bezahlung der andern 82 Milliarden bleibt vorläufig gestundet, bis Deutschland wirtschaftlich stärker sein wird. Außer den 3 Milliarden Goldmark soll Deutschland ferner eine vorläufig unbekannte Summe, sicherlich über eine Milliarde Goldmark, für die Kosten der Besatzungstruppen aufbringen. Die Bezahlung der 3 Milliarden soll erfolgen in der Weise, daß Deutschland eine feste Summe von 2 Milliarden Goldmark jährlich, und außerdem eine Abgabe von 26 Prozent des Wertes der gesamten deutschen Ausfuhr abführt.

3. **In welcher Naturalform soll die Abzahlung erfolgen?** Nach Beendigung des Krieges, als der Warenhunger in den europäischen Ententeländern noch sehr groß war, stürzten sich diese Länder auf Deutschland und nahmen wahllos alle beweglichen Habe: Schiffe, Lokomotiven, Waggons, lebendes Vieh. Deutschland wurde zur Lieferung einer ungeheuren Menge von Kohlen an Frankreich angehalten usw. Aber bald kam die Wende, es kam die Weltwirtschaftskrise. Schiffe im Ueberfluß: Die deutschen Schiffe fanden keinen Absatz. Die deutschen Kapitalisten konnten sie zu einem Spottpreis zurückkaufen. Die französischen Kohlenlager füllten sich mit deutscher Kohle. Die Kohlengruben Nordfrankreichs konnten ihre wiederhergestellten Produkte nicht absehen. Deutsche Kohle wurde nach Deutschland zurückverkauft. Vor einigen Tagen endlich wurde Deutschland „gestattet", statt 2,2 Millionen bloß 1,8 Millionen Tonnen pro Monat abzuliefern. In welcher Naturalform sollen daher die 8 Milliarden jährlich bezahlt werden? Gold produziert Deutschland nicht. Was es davon besitzt, genügt für eine Jahreslieferung nicht. Lebensmittel kann es nicht liefern, weil es selbst auf Einfuhr angewiesen ist, obwohl die Ernährung der Proletarier nicht genügt, um die im Arbeitsprozeß verausgab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0001

ten Kräfte zu ersetzen. Was kann es, was muß es nach dem Ausland verkaufen, um sich die zur Bezahlung der Goldschuld nötige Auslandsvaluta zu verschaffen? Nichts anderes als Industrieartikel: Kohle, Eisen, Maschinen, Textilien, Chemikalien usw. Es kann auf dem Weltmarkt konkurrieren, weil seine Valuta niedrig steht, d. h. weil seine Arbeitenschaft real viel schlechter lebt als jene der Länder mit guter Valuta. Wenn aber die deutschen Kapitalisten billige Chemikalien auf den englischen Markt werfen, so können die englischen chemischen Fabriken keine Profite erzielen. Daher beschließt das englische Parlament hohe Zölle gegen die deutschen Chemikalien. Frankreich und Amerika errichten Zollmauern gegen deutsches Eisen, deutsche Maschinen usw., weil sonst ihre Industrie zugrunde gehen würde. Die Deutschen wollen die Schuld in der Form abtragen, daß sie Häuser in die verwüsteten Gebiete Frankreichs liefern; die französische Bauindustrie protestiert dagegen und bereitet es. Welche Naturalform immer diese 3 bis 4 Milliarden Goldmark annehmen sollen — immer richten sie irgendeine Industrie in jedem Lande zugrunde, wohin die Lieferung gehen soll.

Es ergibt sich hieraus, daß eine Teillösung der Wirtschaftskrise auf jenem Wege, daß die siegreichen Länder auf Kosten der Besiegten bereichert werden, absolut undurchführbar ist. Nicht nur, weil die besiegten Staaten nicht imstande sind, entsprechende Gütermengen dem eigenen Konsum zu entziehen und den Siegern zu überlassen, sondern auch deshalb, weil diese Staaten absolut unfähig sind — **den Gesetzen des Kapitalismus gemäß** —, diese Güter anzunehmen, ohne ihre eigene Wirtschaft sehr zu schädigen. Es ist und bleibt dies eine falsche Rechnung.

Die Dresdner Agos.

Die Pirnaer „Volkszeitung" veröffentlicht ein **Geheimzirkular**, das die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien (Agos), in Dresden an ihre Geldgeber erlassen hat. Hier ist es:

Agos, Dresden (folgt Datum).

An Herrn . . . . . .

Die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien, Dresden, wurde Anfang Mai 1921 von Breslau aus ins Leben gerufen. Die Hauptleiter dieser Dienststelle haben ihren Sitz in Breslau und München. Es sind folgende Herren:

Rittmeister von Wuthenau, Breslau;
Hauptmann Kunzen, Breslau;
Intendanturrat Dr. Drescher, Breslau;
Oberleutnant Beckert, Breslau;
Oberleutnant Bonmer, München;
Leutnant Kreisermeyer, München.

Der Zweck der Dresdner Agos ist folgender: Die Agos Dresden kommt als **besondere Dienststelle** in Frage, da sie einerseits Hauptstelle, andererseits Durchgangsstelle für den **gesamten Transport- und Nachrichtenverkehr zwischen Süd-, Nord- und Ostdeutschland ist,** erwächst ihr eine doppelt große Aufgabe, die eingeteilt wird in

a) **Durchgang:** Herren, die sich auf **dienstlichen Reisen (Kurierdienste, Selbstschutz usw. befinden, werden, wenn sie nach den betreffenden Stellen des Südens, Nordens oder Ostens Deutschlands fahren, nach unserer Dresdner Stelle geleitet.** Hier werden ihnen Rat, Auskunft und Verhaltungsmaßregeln erteilt. Hierselbst werden sie auch mit weiterem Fahr- und Verpflegsgeld ausgerüstet und weitergeleitet.

b) **Anwerbung:** Gleichzeitig befaßt sich die Dresdner Stelle mit **der Anwerbung nationalgesinnter Herren,** die sich größtenteils aus ehemals **aktiven Herren Studenten und rechtsstehenden Leuten** zusammensetzen. Zu diesem Zwecke sind in unserer Stelle **zwei Herren tätig,** die sich **mit der Werbung infolge ihrer Beziehungen befassen.**

Die von diesen angeworbenen Herren werden nach Anweisung telegraphisch nach unseren Stellen beordert, mit Fahr- und Verpflegungsgeld ausgerüstet und an ihre Bestimmungsorte geleitet (**Oberschlesien annähernd 500 Mann**).

Um nun diese Werbetätigkeit weiterhin ausbauen zu können, mußten wir **unser besonderes Augenmerk auf die linksstehenden Elemente richten.** Zu diesem Zweck haben wir **eine Nachrichtenstelle** gegründet, die den Zweck hat, **unser aus dem Besuch der Versammlungen gesammeltes Material der linksstehenden Parteien in wöchentlich zwei bis drei Berichten zwei- bis dreimal an die Haupt- und Nebenstellen zu senden,** so daß wir jederzeit in der Lage sind, **unsere Kräfte vor Unruhen, Streiks und Sabotageakten größtenteils zu schützen.** — Desgleichen versenden wir diese Nachrichtenblätter **an die geschätzten Herren Industriellen,** damit die Herren **jederzeit in der Lage sind, Vorbeugungsmaßregeln zu ergreifen.**

Um nun unsere Dienststelle weiterhin ausbauen zu können, wir unseren Etat aber **größtenteils durch die Industrie decken müssen,** bitten wir die geschätzten Herren um **gütigste weitere Unterstützung.**

(Arbeitsgemeinschaft O.-S., Dresden.)

Stempel. **Kunze.**

*

Zu diesem Dokument braucht kaum noch etwas gesagt zu werden, so klar wird hier mit nackten Worten das Programm einer der vielen Orgesch-„Arbeitsgemeinschaften" dargelegt. Interessant ist die enge Zusammenarbeit der Orgesch mit den Industriellen, was beweist, daß militärische und wirtschaftliche Reaktion eins sind. Von der Regierung ist ein ernsthafter Kampf gegen die gefährlichen Geheimorganisationen nicht zu erwarten. Leisten doch selbst die Sozialdemokraten, die mit dem Mund die Reaktion verdammern, in der Tat den schwarzweißroten Arbeiterwürgern Vorschub. Man denke an die herausfordernde Demonstration des Schutz- und Trutzbundes, die Herr Dölz in Halle beschützte, indem er berittene Sipo auf die Arbeiterschaft, ja sogar auf die gegendemonstrierende sozialistische Arbeiterjugend hetzte. Das Proletariat muß schon eigenhändig den Selbstschutz organisieren, wenn die Reaktion es nicht eines Tages blutig niederschlagen und gefesselt den Anabentern überliefern soll.

Wortlaut der Empfehlung des Völkerbundsrats über Oberschlesien.

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Man veröffentlichte heute die Dokumente über Oberschlesien, die dem Völkerbundsrat und dem Vorsitzenden des Obersten Rates unterbreitet wurden, besonders die am 12. Oktober einstimmig angenomene Empfehlung. Die Grenzlinie war darin genau festgelegt.

Um die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens Oberschlesiens nach der Teilung zu sichern und auf ein Mindestmaß die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode zu beschränken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Die Bahnlinien, die Privatgesellschaften gehören, werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein gemeinsames Betriebssystem während fünfzehn Jahren in Kraft treten.

Die Tarife werden vereinheitlicht und die Fahrpläne sollen den Bedürfnissen der Industrie angepaßt werden, und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraumes, der 15 Jahre nicht übersteigen darf, die Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sein. Dieses System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen geändert werden. Für Post-, Telephon- und Telegraphengebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Geldsystems die Mark als Zahlungsmittel festgesetzt.

Zollverwaltung.

Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollgrenze und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. So werden während sechs Monaten Rohstoffe, Halbfabrikate und unvollendete Fabrikate, welche aus den industriellen Unternehmen der beiden Parteien ins Abstimmungsgebiet kommen und von den industriellen Unternehmen der andern Partei der gleichen Kome fertiggestellt und verbraucht werden sollen, zollfrei über die Grenze gehen. Während 15 Jahren dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und zu gleicher Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie zum Wiederimport in das Ursprungsland bestimmt sind. Naturprodukte oder Fabrikate aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes sind auf die Dauer von drei Jahren von sämtlichen Zollabgaben bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet befreit. Diese dreijährige Periode beginnt mit dem Tage der Notifizierung der deutsch-polnischen Grenzfestlegung.

Kohlen und Gruben.

Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Grubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohle anbetrifft, so wird den verschiedenen Bestimmungen der Verträge, Beschlüsse, internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen und den Regierungen, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr oberschlesischer Kohlen interessiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Ausfuhr seiner Grubenerzeugnisse nach Polen erlauben.

Verschiedene Bestimmungen.

Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefaßt, betr. der sozialen Versicherungen, der Arbeiterverbände und des Verkehrs zwischen den beiden Parteien im Gebiet. Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet betreffend im besonderen Gruben, Industrie- und Handelsunternehmen, Arbeitergesetzgebung bleiben in Kraft bis zum Augenblick, wo Polen eine auf sein ganzes Gebiet anwendbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an die Stelle der früheren Verordnungen treten kann. Alle diese aufgeführten Maßnahmen werden der Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer allgemeinen Konvention zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konvention wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen. Zur Erleichterung der Vorbereitung und der Ausführungskontrolle dieser zeitlichen Maßnahmen wird eine Kommission gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen und Deutscher aus Oberschlesien besteht mit einem Vorsitzenden anderer Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel „Gemischte Oberschlesische Kommission" führen und hauptsächlich beratend sein. Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Privatstreitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitweiligen Maßnahmen ergeben können. Streitfälle, die sich aus der Ausführung und der Auslegung der allgemeinen Konvention ergeben, werden auf Grund der Bestimmungen der genannten Konvention und des Völkerbundstatuts, falls dies nötig ist, geregelt.

Schandmale der Demokratie.

Protestrummel im Preußischen Landtag. — Vergewaltigung der Kommunisten im Aeltestenausschuß. — Einbrüche der Sipo bei kommunistischen Abgeordneten. — Sozialdemokrat Leinert verweigert den Schutz der Immunität.

In der Freitagsitzung des Preußischen Landtags hat sich die von den Sozialdemokraten so viel gepriesene Demokratie wieder einmal als Feigenblatt des wildesten Nationalismus und der brutalsten Gewalt der Bourgeoisie entlarvt. Ehe noch das Reichskabinett über die Pariser Note in der oberschlesischen Frage beraten, ehe noch der Reichstag zu dieser rein außenpolitischen Frage, die als solche nur Sache der Reichsregierung und des Reichstags ist, Stellung nehmen konnte, hat die Regierung Stegerwald als Platzhalterin der nationalistischen Konterrevolution den preußischen Landtag zur Inszenierung eines nationalistischen Protestrummels zu benutzen versucht. Da sie aber wußte, daß sie dabei auf den Widerstand der Kommunisten stoßen mußte, ging sie ganz raffiniert zu Werke. Um die kommunistischen Wortführer, die sie bei ihrem Rummel stören konnten, von der Sitzung fernzuhalten, hatte der Orgeschminister Dominicus Befehl gegeben, bei den kommunistischen Abgeordneten in der Rosenthaler Straße Haussuchungen abzuhalten. Bei diesem löblichen Werke konnte der sozialdemokratische Landtagspräsident dem Orgeschminister seine Mithilfe nicht versagen. Als unser Genosse Meyer wegen der Haussuchungen aus der Sitzung des Aeltestenausschusses, in der über die Erklärung Stegerwalds beraten werden sollte, abberufen wurde und an seiner Stelle Genosse Katz an der Sitzung teilnehmen wollte, wies er ihn hinaus, weil diese Vertretung unzulässig sei. Man wollte erreichen, unter sich zu sein, um die Kommunisten im Plenum zu überrumpeln und zu erreichen, daß der Landtag sofort nach Abgabe der Regierungserklärung ohne Besprechung derselben bis zum 8. November vertagt werden konnte. Zu dieser Vergewaltigung der Kommunisten fügte Herr Leinert noch eine zweite. Bei Eröffnung des Plenums gab er, trotzdem sich Genosse Katz vor Eintritt in die Tagesordnung zum Wort meldete, sofort dem Ministerpräsidenten Stegerwald das Wort zu seiner Erklärung. Er wollte damit auf alle Fälle verhindern, daß die Kommunisten zum Wort kamen. Zu diesem Zwecke hatte er schon mit dem Zentrumsabgeordneten Herold den Antrag auf Vertagung verabredet, die er sofort nach der Regierungserklärung aussprechen wollte, ehe sich noch ein Redner der Linken zum Wort melden konnte.

Herr Leinert, der „Sozialdemokrat", erwies sich aber weiter noch als getreuer Knecht der Konterrevolution. Vom Genossen Neumann vor der Sitzung angerufen, er möge etwas zum Schutze der Immunität der Landtagsabgeordneten unternehmen, da die Sipo die Schränke und Tische der Abgeordneten Gesche, Schulz und Meyer in der Rosentaler Straße erbreche, gebrauchte er die Ausrede, er könne dazu nichts tun, da er nicht wisse, um was es sich handele und dafür überhaupt nicht zuständig sei. Demgegenüber muß heute der sendale Reaktionär v. Erffa seligen Angedenkens, der in ähnlichen Fällen als Präsident des preußischen Dreiklassenhauses immer eingriff, als ein liberaler Mann erscheinen.

Die Dienste, die der Sozialdemokrat Leinert als Helfershelfer der nationalistischen Konterrevolution der Regierung Stegerwald-Dominicus geleistet hat, haben nichts gefruchtet. Die nationalistische Protesterklärung, die als eine einheitliche Kundgebung des Landtages nach außen so schön gedacht war und dem Reichstag seine Politik in der oberschlesischen Frage vorschreiben sollte, ist schmählich mißglückt. Stegerwalds Rede blieb unter dem Lärm des Protestes der Kommunisten und Unabhängigen total unverständlich. Leinert konnte nicht verhindern, daß in der folgenden Geschäftsordnungsdebatte sein konterrevolutionäres, aller Grundsätze der Demokratie ins Gesicht schlagendes Gebahren von Genossen Katz gegeißelt wurde. Er mußte sich gefallen lassen, daß selbst seine eigenen Parteigenossen von ihm abrückten und sich gegen die Vertagung aussprachen, da die Regierungserklärung, nachdem sie einmal erfolgt, auch besprochen werden müsse und außerdem auch noch die dringenden Anträge auf Unterstützung der Opfer von Oppau auf der Tagesordnung stünden. Doch was scherte das die nationalistische Bande. Mit Einschluß der Demokraten stimmten sie für Vertagung und stimmten auch zwei weitere Anträge des Genossen Meyer, nachmittags oder am Sonnabend eine Sitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: „Besprechung der Regierungserklärung und Unterstützung der Opfer von Oppau" nieder. Nachdem Leinert der Demokratie seine Schandmale aufgedrückt hatte, brauchten hier ja die Bürgerlichen auch die Mitleidslosigkeit für die Oppauer Opfer nicht als Schande zu empfinden und vertagten sich bis 8. November. Zum Hohne der Demokratie und der Not des Volkes kann dann auch erst die Erklärung der Regierung besprochen und über die Not der Kartoffelversorgung zu Ende beraten werden.

Einbrecherkommando der Sipo bei der KPD.

Am Freitagvormittag drang ein mit Erbrecher-Werkzeugen ausgerüstetes Kommando von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in die Räume der Zentrale unserer Partei ein. 50 Mann besetzten das Haus und suchten, wie sie vorgaben, nach Stempeln, Pässen und anderen Papieren. In Wirklichkeit suchte sie aber im Auftrage ihres hohen Herrn, dem Orgeschprotektor Dominicus, nach den Unterlagen einer Rede, die der Abgeordnete Genosse Eberlein am Dienstag im Landtag hielt und in der er den preußischen Spitzelsumpf enthüllte. Daß diese Maßnahme hierauf zurückzuführen ist, ist schon dadurch erwiesen, daß sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter ausdrücklich auf den Minister des Innern, Herrn Dominicus, berief.

Die Geschäftsräume der Partei wurden durchsucht. Vergeblich. Es wurde nichts gefunden. Man erbrach sogar die Zimmer der Abgeordneten Schulz (Neukölln), Neumann, Dr. Meyer, Eberlein und Gesche. Tischkästen und Schränke wurden aufgebrochen und durchwühlt und die parlamentarischen Akten und Privatbriefe durchstöbert. Die Genossen Dr. Meyer und Schulz (Neukölln) erhoben schärfsten Protest gegen die Verletzung der parlamentarischen Immunität, wobei Genosse Meyer hervorhob, daß ihm Minister Dominicus im Landtag zugesichert habe, daß die Haussuchung sich nicht auf die Räume der Abgeordneten erstrecken soll. Die anwesenden Kommissare der Abteilung Ia ließen sich aber dadurch nicht beirren; das Berliner Polizeipräsidium und das Ministerium des Innern, die telephonisch über das Verfassungswidrige des Vorgangs hingewiesen wurden, gaben ausweichende Antwort.

Der ganzen Liebe Müh ist aber umsonst gewesen. Trotz allem Stöberns und Wühlens konnte nichts zutage gefördert werden. Beschlagnahmt wurde nur ein Paket, das eine Anzahl Wahlformulare enthielt und das kurz vorher mit einem Zettel: „Zentrale der KPD. Bei der Markkontrolle abzugeben", von einem Boten übergebracht worden war. Es steht ohne Zweifel fest, daß dieser Bote ein Polizeispitzel war und daß die Formulare von der Polizei selbst nach der Rosenthaler Straße geschickt wurden.

Der Vorfall ist ein eklatanter Bruch der Verfassung, für den der Demokrat Dominicus verantwortlich ist. Das Proletariat kann aber daraus erneut ersehen, was die Formale der Demokratie und ihr Parlamentarismus wert sind.

Orgesch-Leinerts Ausflüchte.

In der gestrigen Abendausgabe des Vorwärts läßt der Landtagspräsident Leinert eine Erklärung los, um seine Preisgabe des Rechts der Immunität der Abgeordneten zu rechtfertigen. In der Erklärung heißt es:

„. . . Ich habe darauf (auf die Mitteilung des Abg. Neumann, daß die Sipo bei den Abgeordneten einbricht. D. Red.) erwidert, daß mir in einem anderen Gebäude als dem Landtage keinerlei Exekutive zustehe.

Die Immunität der Abgeordneten sei durch die Reichsverfassung geschützt. Weshalb die Haussuchung stattfinde, könne ich nicht wissen, da der Abg. Neumann mir den Zweck der Haussuchung auch nicht mitgeteilt hatte. Ich habe ihm den Rat gegeben, sich an den Minister des Innern zu wenden. Dieser könne Anordnungen treffen, da ihm die Schutzpolizei unterstehe. Ich habe daraufhin auf aufmerksam gemacht, daß Immunität dann nicht in Betracht komme, wenn ein Abgeordneter innerhalb 24 Stunden nach Ausübung der Tat festgenommen würde. Wenn ich aber Kenntnis von irgendeiner Handlung der Schutzpolizei unternommen würde, könnte ich einschreiten, weil mir im Landtage das Hausrecht und die Polizeigewalt zustehen. Für die Gebäude in der Rosenthaler Straße sei ich nicht zuständig."

Das sind natürlich alles leere Ausflüchte. Leinert wußte genau, um was es sich handelte. Er wußte auch, daß es sich nicht um Ertappung eines Abgeordneten bei einer strafbaren Handlung „auf frischer Tat" handeln konnte. Wenn Leinert als Sozialdemokrat und Präsident des Landtags etwas an der Wahrung der Immunität der Abgeordneten lag, dann mußte er wenigstens den demokratischen Innenminister Dominicus auf den offenkundigen Verfassungsbruch seiner Spitzelente und die eventuellen Folgen im Parlament aufmerksam machen. Aber der Sozialdemokrat Leinert kennt keine Immunität, wenn es sich um Kommunisten handelt. Er selbst sinnt nur darauf, wie die Kommunisten in den Verlegenheiten zu vergewaltigen sind. Das bewies er gestern durch sein Verhalten im Aeltestenausschuß und das hat er schon kürzlich als Oberbürgermeister von Hannover bewiesen, wo er und seine Freunde im Stadtparlament eine Geschäftsordnung schufen, durch die die kommunistischen Stadtverordneten aus allen Kommissionen entfernt und ihnen auch im Plenum der Stadtverordneten jede Möglichkeit zum Reden entzogen wird.

Herr Leinert ist wirklich nicht allein eine Zierde der Sozialdemokratie, sondern der Demokratie überhaupt, in deren Zeichen das Proletariat angeblich seinen Sieg erfechten soll.

Die erste Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer.

Zum erstenmal im Laufe der gesamten deutschen Lehrerbewegung tagte am 7. Oktober 1921 in Braunschweig die erste Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer Deutschlands, die von der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD. einberufen worden war. Aus fast allen Teilen Deutschlands waren Delegierte erschienen. Nach Eröffnung der Reichskonferenz verlas der Genosse Geisenberg unter lebhafter Zustimmung der Delegierten Begrüßungstelegramme und -briefe der kommunistischen Lehrer aus Dänemark, Italien und Norwegen. Es wurde beschlossen, mit den ausländischen Berufsgenossen die Verbindung aufrechtzuerhalten. Von der Reichszentrale der KPD. nahmen der Genosse Hörnle, von der Reichszentrale der kommunistischen Jugend Deutschlands der Genosse Wiesener an der Konferenz teil.

Der Beratungsstoff gliederte sich in zwei Hauptteile: die organisatorisch-gewerkschaftlichen und die schulpolitischen Fragen. Ziel der Konferenz war, über die schwebenden schulpolitischen Fragen Klarheit zu schaffen, um so befähigt zu sein, einheitlich und geschlossen unsere kommenden Schulkämpfe durch gesteigerte Aktivität zu führen.

Nach Erledigung rein organisatorischer Fragen sprach der Genosse Menz-Berlin über „Die Kommunisten und die Freie Lehrergewerkschaft". Unter Zustimmung der Delegierten hob er hervor, daß es Pflicht aller kommunistischen Lehrer ist, Mitglieder der FLGD. zu sein. In der Diskussion wurde von dem Genossen Unger-Köln, von der Lehrergewerkschaft Rheinland-Westfalens Bericht erstattet und die Frage des Verhaltens der kommunistischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0002

Lehrer zu dieser Gewerkschaft aufgeworfen. Nachdem Genosse Geisenberg noch scharf umrissen die Taktik der Afa-Bureaukratie bei der Ablehnung der FUGD. enthüllt und gebrandmarkt hatte, und die Genossen Hörnle, Lange und Sievers für aktives Weiterarbeiten in der FUGD. eingetreten waren, nahm die Konferenz eine Resolution des Genossen Hörnle an, worin es heißt:

„Kommunistische Lehrer, die noch in bürgerlichen Vereinen tätig sind, haben zu versuchen, den stärksten Einfluß auf die dort organisierten Lehrer auszuüben, sie auf den Boden des Klassenkampfes heriberzuziehen. Konflikte mit der Bureaukratie dieser Vereine haben sie nicht zu provozieren, jedoch dürfen sie ihnen ebensowenig aus dem Wege gehen. Unter allen Umständen haben sie zugleich Mitglied der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands zu sein. Von Fall zu Fall ist zu entscheiden, ob Genossen zu bleiben oder auszutreten haben.

Der „Bund entschiedener Schulreformer" und die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer" scheuen die Entscheidung zwischen beiden Heerlagern. Unsere Aufgabe ist es, die dort organisierten Lehrer womöglich geschlossen in die FUGD. herüberzuziehen."

Nach Erledigung dieser gewerkschaftlichen Fragen schritt die Reichskonferenz zur Erörterung der „Leitsätze für die Arbeit der kommunistischen Lehrer", in denen es heißt:

„Die kommunistischen Lehrer müssen den Kampf nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Unterrichts aufnehmen gegen alle Methoden der kirchlichen, nationalistischen, kapitalistischen Beeinflussung der Proletarierkinder. Der Befreiungskampf der Lehrer ist zugleich ein Kampf um die Seele des proletarischen Kindes."

Zu diesen Leitsätzen wurden eine Reihe als Uebergangsforderungen angenommen, von denen wir hier nur erwähnen: Gleicher Lohn für seminaristisch und akademisch gebildete Lehrer; Gleichstellung der Lehrer und Lehrerinnen; Einschränkung der Klassenfrequenz auf höchstens 30; Oeffentlichkeit des gesamten Schulbetriebes; Abschaffung des Züchtigungsrechtes der Lehrer; Abschaffung der Schulzeugnisse und Hausaufgaben; Beseitigung aller monarchistischen, militaristischen und chauvinistischen Lehrstoffe, Entfernung der Monarchen- und Kriegsheldenbilder, Sicherung der Schulbibliothek; Schaffung von Eltern-, Lehrer- und Schülerräten; Ausbau der Schulhygiene; obligatorische allgemeine Schulspeisung, Einrichtung und Vermehrung von Ferienheimen, Schulfarmen, Schulgärten, Badegelegenheiten, Reform der Waisenhaus- und Fürsorge-Erziehung, der Jugendpflege und Jugendgerichtsbarkeit nach modernen pädagogischen Grundsätzen und modernen pädagogischen Grundsätzen und Kontrolle durch die proletarischen Eltern- und Lehrerorganisationen.

Im Mittelpunkt der gesamten Tagung stand jedoch die Frage: „Weltliche Schule oder Weltanschauungsschule". Für den durch nichtige Parteiarbeit verhinderten Genossen Dr. Neubauer-Mühlhausen hatte der Genosse Kohlrausch das Referat übernommen, zu dem der Konferenz Leitsätze vorlagen. Die Genossen Neubauer und auch Kohlrausch gingen von der Annahme aus, daß der Reichsschulgesetzentwurf Gesetz wird. Von diesem Standpunkte forderten sie die sozialistische Weltanschauungsschule, damit die Massen des Proletariats nicht auf das im Gesetzentwurf gebrauchte Wort „weltliche Schule" hineinfallen, das mit der alten sozialdemokratischen Forderung nach der Weltlichkeit der Schule nichts gemein hat. Daher forderte auch der Referent die Weltanschauungsschule. Genosse Sievers-Braunschweig betonte, daß wir eine große Front des Weltproletariats schaffen müssen, die unter einer einheitlichen Parole den Kampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf aufnimmt. Dieser Kampfruf muß lauten: für die proletarische, weltliche Einheits- und Arbeitsschule. Genosse Hörnle führte folgendes aus: Es geht nicht an, daß wir eine bürgerliche Gesetzesvorlage zum Ausgangspunkt unseres Handels machen. Der Gesetzentwurf bezweckt den Versuch der herrschenden Bourgeoisie, die Schule in ihren Händen zu behalten. Sie sieht ein, daß die starre Konfessionsschule unzeitgemäß ist und sagt daher: Ihr dürft eine Weltanschauungsschule aufmachen, wenn ihr so und so viele Eltern aufbringt. Fallen wir auf diesen Vorschlag herein, so spalten wir das Proletariat, statt es zum Klassenkampf zusammenzufassen. Unsere oberste Aufgabe ist es, die Schule aus einem Instrument der bürgerlichen Klasse zu einem Machtinstrument des Proletariats zu machen. Das Damoklesschwert des Reichsschulgesetz-Entwurfes hängt schon seit Weimar über uns. Wir müssen versuchen, die Machtverhältnisse, die dieses Kompromiß geschaffen haben, abzuändern. Die Schulen müssen in den Mittelpunkt unserer Schulkämpfe gestellt werden. Wir müssen energisch kämpfen um die Stärkung des proletarischen Einflusses auf die Schule. Die Konferenz nahm daraufhin folgenden Antrag Lier-Sievers an:

„Die erste Reichskonferenz kommunistischer Lehrer lehnt eine Diskussion über die Einrichtung von Weltanschauungsschulen im Sinne des Reichsschulgesetz-Entwurfes ab und verpflichtet alle kommunistischen Lehrer zum Kampfe für die proletarische, weltliche Einheits- und Arbeitsschule."

Mit einem kurzen Referat des Genossen Hörnle über die Tätigkeit der Elternbeiräte fand die Reichskonferenz ihr Ende. In Kürze gehen den einzelnen Ortsgruppen Leitsätze für die Tätigkeit der Elternbeiräte zu.

In einer kurzen Ansprache stellte der Verhandlungsleiter unter Zustimmung der Delegierten seine Befriedigung über das Ergebnis der ersten Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer fest. Zielklarheit zu schaffen zur Steigerung der Aktionsfähigkeit der Kommunisten im schulpolitischen Kampf war Ziel und Ergebnis der Konferenz.

Auslands-Uebersicht.

Gegen den Mord an Sacco und Vanzetti.

Paris, 21. Oktober. (TU.) Der amerikanische Botschafter in Paris hat der Polizei eine Reihe von Drohbriefen übergeben, die er seit drei Wochen erhalten hat. Unter diesen Briefen befindet sich auch ein Schreiben, das von der Kommunistischen Partei, von der kommunistischen Jugend und der Republikanischen Vereinigung der früheren Kriegsteilnehmer unterzeichnet ist. Diese Verbände erklären, daß sie alle Vergeltungsmaßregeln anwenden werden, um das Leben der beiden italienischen Revolutionäre zu retten, die in Amerika zum Tode verurteilt worden sind. Der heutige französische Ministerrat wird sich mit den Maßnahmen befassen, welche die kommunistischen Manifestationen verhindern sollen. — Nach einer Meldung aus London hat auch der amerikanische Botschafter in London eine Reihe von Drohbriefen erhalten.

*

In vielen Ländern ist die Hilfsaktion für die beiden amerikanischen Justizopfer Sacco und Vanzetti, die für ihre politische Tätigkeit von dem New Yorker Schmachgericht als gemeine Raubmörder zum Tode verurteilt wurden, bereits in vollem Gange. Nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern auch andere Arbeiterorganisationen rufen die Massen zum Protest gegen die geplante Bluttat der von den amerikanischen Bankiers und Industriellen gekauften Klassenrichter auf.

Sacco und Vanzetti, die beiden tapferen Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiter, sollen in vierzehn Tagen hingerichtet werden. Auf Grund eines Prozesses, in dem man schamlos, skrupellos mit der kühnlichen Frechheit des Weißen Schreckens selbst auf die Maske der Gerechtigkeit verzichtete, in dem man sich mit einer Handbewegung über die durch siebzehn Zeugen eidlich bekundeten Alibibeweise hinwegsetzte, in dem man jahrzehntelang erprobte Revolutionäre, die sich für die Bewegung opferten, als gemeine Verbrecher entehrt, schändet, um sie zu morden.

Schon ist die Absicht der Henker des amerikanischen Stahltrustes, der Petroleumkönige, der Eisenbahnmagnaten, der Börsen- und Finanzkönige von Wall Street mißglückt: Es gelang nicht, die Kunde von dem geplanten Justizverbrechen zu ersticken. Die Nachricht ist in das amerikanische Proletariat gedrungen. Das amerikanische Proletariat, Einheimische und Einwanderer ohne Unterschied der Nation, beginnt zu antworten.

Mehr als das. In Europa handeln die Arbeiter. Die ersten Nachrichten stürmischer Kundgebungen der Proletarier kommen gleichzeitig vom Westen und vom Süden Europas.

In **Frankreich** hat das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die **„Humanité"**, eine leidenschaftliche Preßkampagne zugunsten der beiden Genossen begonnen. „Widerholen wir", so schreibt sie, „überall, mit all unseren Kräften, den Appell aus Proletariat. Wir sind imstande, wenn wir es wollen, zwei Sterbende zu retten. Wir wollen es. Bereiten wir uns, ohne einen Augenblick zu verlieren, zum Kampf vor. Aber ein Meeting allein genügt nicht. In allen Städten des Landes müssen wir Versammlungen veranstalten. Die Proteststimmen müssen in solchen Massen zur Amerikanischen Botschaft dringen, daß sie sich herbeiläßt, Kenntnis davon zu nehmen."

Die französischen Arbeiter begnügen sich nicht mit Worten. Zur einheitlichen und raschen Durchführung der Protestaktion in Paris wie in allen Provinzen haben sich sämtliche fortgeschrittenen Arbeiterorganisationen, ohne Rücksicht auf ihre inneren Gegensätze, zusammengeschlossen. Ein Aktionskomitee hat sich gebildet aus Vertretern der Kommunistischen Partei, der Anarchisten, der Kommunistischen Jugend, der Kriegsbeschädigten und der revolutionären Gewerkschisten, das die Aktionen zentral leitet.

Auch in **Italien**, der alten Heimat Saccos und Vanzettis, treten die Massen für sie auf den Plan. Bauern, Landarbeiter und Industriearbeiter haben bereits hunderte gewaltige Versammlungen in den kleinsten Dörfern bis zu den größten Städten abgehalten. Die Jugendorganisationen, die Bauernorganisationen, die Anarchisten die Konsumvereine, die Gewerkschaften, die Kriegsbeschädigtenorganisationen stellen sich mit voller Kraft in den Dienst der Sache.

Am 16. Oktober fanden in allen Italienischen Städten Demonstrationen für die Verurteilten statt, dabei kam es in Turin zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Demonstrierenden hinderte, vor das amerikanische Konsulat zu ziehen. Zwanzig Verhaftungen fanden statt.

In der **Schweiz** zwang der entschlossene Wille der Arbeiter den reformistischen Vorstand der Gewerkschaftsunion, eine Erklärung gegen die Hinrichtung der beiden Justizopfer an die amerikanische Regierung zu senden.

Aufgabe der Kommunisten aller Länder, nam entlich auch der **deutschsprachigen**, in denen bisher wenig oder gar nichts für Sacco und Vanzetti geschah, ist es, eine energische eindringliche Kampagne zu ihren Gunsten zu eröffnen. Und dies muß sofort geschehen. Denn in knapp vierzehn Tagen soll das Morburteil vollzogen werden.

Der Achtstundentag im Ausland.

Die Sabotage des Gesetzes über den Achtstundentag in Belgien.

Brüssel, 19. Oktober. Die Durchführung des jüngst in Kraft getretenen Gesetzes über den Achtstundentag stößt in vielen Industriezweigen auf die Sabotage der Industriellen. In einzelnen Papierfabriken wollten die Direktoren die zwölfstündige Arbeitszeit aufrechterhalten. Die Arbeitgeber in der Bauindustrie erklären einfach, daß sie sich um das Gesetz nicht kümmern werden. Aehnlich ist das Verhalten der Straßenbahngesellschaft.

Gegen die Durchbrechung der 48-Stundenwoche in der Schweiz.

Bern, 20. Oktober. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes in den eidgenössischen Fabrikkommissionen haben an den Vorstand des volkswirtschaftlichen Departements einen Protest gerichtet, der vom Departement verlangt, daß die Zulassung der 52-Stundenwoche, die in der Strickerei- und Stofflechtereiindustrie bewilligt worden war, aufgehoben werde, da diese Einführung eine Verletzung des Fabrikgesetzes bedeute. Sie verlangen zusammen mit den Fabrikinspektoren und den christlichsozialen Gewerkschaftsvertretern in der Fabrikkommission die Zurücknahme der Bewilligung für die verlängerte Arbeitszeit.

Der Anschlag auf den Achtstundentag in Polen.

Warschau, 20. Oktober. Der Anschlag auf den Achtstundentag hat in Polen unter der gesamten Arbeiterschaft eine riesige Bewegung ausgelöst. Aus sämtlichen Städten Polens werden Massendemonstrationen der Arbeiterschaft gemeldet. So fand in Warschau am 14. Oktober eine Manifestation der Warschauer Arbeiterschaft statt, an der Zehntausende Arbeiter teilnahmen, und bei der kommunistische und sozialistische Abgeordnete sprachen. Unter den Demonstrierenden veranstaltete die Polizei eine Reihe von Verhaftungen. Aehnliche Berichte laufen aus den Städten von ganz Polen ein. Angeblich besteht zwischen dem Finanzminister und den Arbeiterparteien im Landtag ein großer Gegensatz. Verschiedene Aenderungen des Projektes über den Achtstundentag, die der Finanzminister in einer Unterredung mit den Abgeordneten dieser Parteien vorgeschlagen hat, wurden von diesen abgelehnt. Interessant ist nun die politische Situation insofern, als jetzt die Rechtsparteien gegen den Finanzminister Sturm zu laufen beginnen, und die Linksparteien, darunter auch die PPS., den Finanzminister, den sie in ihren Agitationen als den größten Feind der Arbeiterklasse darstellen, nach den Berichten der Rechtspresse nicht fallen lassen wollen. Die Rechtspresse stellt ausdrücklich fest, daß es den Führern der PPS. um ihre Opposition auch nicht im entferntesten Maße so ernst ist, wie man aus ihren Reden und gelegentlichen Aeußerungen entnehmen könnte. Für alle Fälle ist die Frage des Achtstundentages in Polen noch immer nicht gelöst. Doch der Druck der Arbeiterschaft auf ihre Führer ist ein so starker, daß die Führer der PPS. sich mit dem Gedanken tragen, in ganz Polen zum Protest gegen den Anschlag auf den Achtstundentag einen Generalstreik durchzuführen.

Die Provokation der Unternehmer.

Warschau, 19. Oktober. In Zgierz fand eine Demonstration der Arbeiterschaft gegen den Anschlag auf den Achtstundentag statt. Die Direktion der Fabriken Lorenz und Krusche sperrte daraufhin ihre Arbeiter aus.

Die zehnte Woche des Generalstreiks in Roubaix-Tourcoing.

Montag begann die zehnte Woche des Streiks in dem nordfranzösischen Industriegebiet. Die streikende Arbeiterschaft ist trotz der größten Entbehrungen und der Opfer, die ihr die Weiterführung des Streiks auferlegt, fest entschlossen, den Kampf um die Aufrechterhaltung der alten Löhne fortzusetzen. Zahlreiche Unternehmer, für die der Verlust an Terminbestellungen viel größer ist als der Entfall der auszuzahlenden Löhne, waren geneigt, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen, doch sind sie durch die Beschlüsse des Textilunternehmerverbandes gebunden, in dem zehn oder zwölf Textilbarone das Wort führen.

Tourcoing, 18. Oktober. (Intel.) Gestern sind neue Transporte mit Kindern von Streikenden aus Valenciennes abgegangen, die Aufnahme bei Arbeiterfamilien finden.

Die Ansprache „Genosse" in Ungarn verboten.

Budapest, 16. Oktober. Das sozialdemokratische Organ „Népszava" berichtet: Der Raaber Polizeihauptmann Teller hat dem Sekretär der Raaber sozialdemokratischen Partei folgenden Beschluß zugeschickt: „Ich verbiete hiermit, daß die auf sozialdemokratischer Grundlage organisierte Arbeiterschaft, in welchen Versammlungen es auch immer sei, also auch in Versammlungen der Gewerkschaften, wie auch bei wirtschaftlichen Verhandlungen, die Ansprache „Genosse" gebrauche und teile Ihnen mit, daß der Gebrauch dieser Ansprache die Auflösung der Versammlung und die gesetzliche Strafe nach sich ziehen würde."

In der Begründung wird ausgeführt, daß die Ansprache „Genosse" aus den höheren Gründen des Schutzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu verbieten ist, da sie an die dunkelsten Tage der ungarischen Nation (nämlich an die Proletariardiktatur), sowie an die seelische Gemeinschaft mit dem russischen Bolschewismus erinnert.

Das ist die „Versammlungsfreiheit" des „christlichen Liberalismus"

Eine Militär-Revolte in Portugal.

Paris, 21. Oktober. (TU.) Aus Lissabon wird gemeldet: Eine revolutionäre Bewegung ist am Mittwoch in Portugal ausgebrochen. Drei Kanonenschüsse, die an Bord eines Kriegsschiffes abgegeben wurden, bildeten das Signal zum Ausbruch der Bewegung. Die Polizei und republikanische Garde nehmen an der Bewegung teil. Bis jetzt wird noch kein Blutvergießen gemeldet. Der Kriegsminister soll sich zu den Truppen begeben haben, die sich bei Maha im Manöver befinden. Eine neue demokratische Regierung hat sich unter dem Vorsitz des Obersten Beello gebildet. Ministerpräsident Antonio Granjo ist ermordet worden. Auch der Admiral Santos und die Minister Maca und Silba sind ermordet worden.

... und der Mißerfolg ist sicher.

London, 20. Oktober. Lord Derby erklärte in einer Rede in Birmingham, die Washingtoner Konferenz werde die bedeutsamste Konferenz sein, die je stattgefunden habe. Ein Erfolg der Konferenz bedeute Frieden, ein Mißerfolg bedeutete zweifellos Krieg, und das in der unmittelbaren Zukunft.

Exkaiser Karl in Ungarn.

Wien, 22. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Wiener Arbeiterzeitung berichtet, daß der Exkaiser Karl in Ungarn eingetroffen sei. Die Richtigkeit der Nachricht ist zwar noch nicht kontrollierbar, doch ist sie sehr wahrscheinlich, da die Vorbereitungen für die Rückkehr in allen Punkten getroffen sind.

Gewerkschaftliches.

An die Hallischen Metallarbeiter.

Kollegen und Kolleginnen!

Als die Bureaukratie des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Euer Mitbestimmungsrecht Euch raubte, als sie Euch vergewaltigte und Euch außerhalb der Organisation stellte, handelten wir in Eurem Interesse und führten Euch zur Lerchenfeldstraße.

Im gemeinsam geführten Kampfe richteten die Arbeiter das wieder auf, was die Führer des DMV. in frivoler Leichtfertigkeit zerschlagen hatten, die Einheit der Gewerkschaft. Durch Euer geschlossenes Auftreten zwangt Ihr Robert Dißmann, die Einheitsfront der Metallarbeiter wiederherzustellen. Ihr erzwangt die Aufnahme im DMV. und trugest somit der Notwendigkeit der Stunde Rechnung.

Nicht alle konnten zurück. Wir, die wir Euch führten, wurden durch Dißmann von Euch organisatorisch getrennt, ideel kann uns niemand trennen. Wo gekämpft wird, fallen Opfer. Wir wissen, daß wir nach wie vor Euer Vertrauen haben, doch schon bei der Wiedervereinigung sagten wir Euch, an unseren Personen darf die Einheit der Gewerkschaften nicht scheitern.

Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter" beschäftigt sich in einem Flugblatte mit den Hallenschen Metallarbeitern und fordert zum Eintritt in ihre Organisation auf.

Wir Unterzeichneten erklären, daß wir mit diesem Flugblatt nichts zu tun haben. Im Gegenteil, wir fordern Euch auf, nach wie vor für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu arbeiten, so zu arbeiten, wie Ihr es in der Lerchenfeldstraße getan habt. Mit Eurem Austritt aus dem DMV. würdet Ihr nur der Bureaukratie den größten Gefallen tun. Hinein in den DMV. Werbt, arbeitet im Verband für die kommunistische Idee, macht den DMV. zu der Klassenkampforganisation, die es uns ermöglicht, mit Euch wieder Seite an Seite gegen die Unternehmer kämpfen zu können.

Paul Weyer, Otto Härtel, Karl Vetter, Paul Hopf, Otto Schwerthammer, Otto Heinemann, Julius Japp, Albert Köppe, Heinrich Fechtel, Albin Moschab, Karl Oertel.

Auch in Oberschlesien der Achtstundentag durchbrochen!

Nun ist auch in Oberschlesien der Achtstundentag offiziell durchbrochen. Die bürgerliche Presse bringt an recht unauffälliger Stelle, um die Gegenwehr der Arbeiterschaft nicht herauszufordern, möglichst unter „Lokales", folgende Meldung:

Miechowitz. — Schichtverlängerung.

Durch gütliche Vereinbarung zwischen der Verwaltung der Preußengrube und dem zuständigen Betriebsrat ist die Dauer der Schicht von acht auf neun Stunden heraufgesetzt worden. Die hierdurch ermöglichte Vermehrung der Kohlenförderung hat auch den Lohn der Bergarbeiter gesteigert.

Unser oberschlesisches Bruderblatt bemerkt dazu:

Leider ist es nicht unwahrscheinlich, daß die „gütliche Vereinbarung", von der die bürgerliche Presse spricht, sich tatsächlich auch auf die Arbeiter selbst bezieht, weil diese bei ihrem Hungerlohn, bei der Abschlagung ihrer Lohnforderungen, bei der unerhörten Teuerung sich durch Mehrarbeit, und so durch einen höheren Lohn glauben vor der Verelendung retten zu können.

Nachdem die Kapitalisten die Forderungen der Arbeiter Oberschlesiens auf 40 Prozent Lohnerhöhung und eine einmalige Teuerungszulage mit Erfolg abgeschlagen, während sie selbst eine ihnen ungeheure Profite abwerfende Kohlenpreiserhöhung durchgesetzt haben, können sie jetzt ganz konsequent auch den nächsten bedeutungsvolleren Schritt tun. Sie dürfen jetzt ebenso gerissen und schamlos auf das Elend der Arbeiter spekulieren. Sie nützen die Notlage der Proletarier aus, und bieten ihnen eine „Erhöhung" ihres Lohnes durch die Verlängerung der Arbeitszeit an. **Die Kommunisten verlangen erneut den allgemeinen Betriebsrätekongreß.**

Was vor sich geht, das betrifft uns alle, das richtet sich gegen unser aller nackte Existenz ohne Unterschied der Partei und Nation! Formiert die Einheitsfront, die allein den Anschlag des Kapitals auf den Achtstundentag zunichte machen kann!

Der Kampf der Gewerkschaften gegen die Teuerung.

Wir wir erfahren, hat der mehrheitssozialistische Gewerkschaftsangestellte Landgraf von Bremerhaven einen Ausschlußantrag gegen unseren Genossen Höcker beim Hauptvorstand gestellt, weil er erstens eine wilde Werftarbeiterkonferenz in Bremen einberufen haben soll, zweitens Rundschreiben an die Werften zur Herbeiführung einer Werftarbeiterkonferenz versandt haben soll und drittens in einer Werftarbeiterversammlung einen Bericht über den Verlauf einer Konferenz erstattet habe. Wie Genosse Höcker mitteilt, fehlt zu der ersten und zweiten Anschuldigung jede Grundlage. Bei der Werftarbeiterversammlung, auf der unser Genosse sprach, war auch Kollege Landgraf anwesend. Das Ganze stellt sich als ein von Haß diktiertes Manöver eines Gewerkschaftsbureaukraten dar. Gegen die steigende Verelendung der Arbeitermassen vermögen manche Gewerkschaftsführer kein anderes Mittel zu finden, als einen haßerfüllten Kampf gegen die Kommunisten!

Unermüdlich rüstet die Konterrevolution. Offen und heimlich. In der Stadt und auf dem Land. Ueberall. Auf jede Weise. Mit allen Kräften. Unermüdlich.

Genossen! Die Augen auf! Berichtet an die Partei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0003

Kenner bevorzugen die in Halle gebrauten

Qualitäts-Biere

der

Engelhardt-Brauerei.

*1271

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1478. Postscheckkonto Leipzig 82443. Otto Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1478. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Dienstag, den 25. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im Hause Lerchenfeldstr. 14: **Vorstandssitzung. Ohne Entschuldigung darf niemand fehlen.**

Alle zweiten Betriebsleiter müssen Sonnabend, den 22. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, unbedingt in der Lerchenfeldstr. 14 (Restaurant „Produktiv-Genossenschaft") zu einer **wichtigen Besprechung** erscheinen. Ferner ist am Montagabend Material abzuholen.

Distrikt 3. Dienstag, den 25. Oktober, in der „Goldenen Kette": **Frauenversammlung.** Wegen wichtiger Tagesordnung müssen alle Genossinnen erscheinen.

Distrikt 18. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 8 Uhr, im „Volkspark": **Wichtige Sitzung der Hundert- und Zehnerschaftsführer.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1478. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Dölau. Sonntag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, bei Dierichke: **Mitgliederversammlung.** Bücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen.

Unterbezirk Bitterfeld-Zeitzsch.

Eilenburg. Montag, den 24. Oktober, abends 1/2 8 Uhr im „Tivoli": **Sitzung aller Parteifunktionäre.** Mittwoch, den 26. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im „Tivoli": **Zusammenkunft aller kommunistischen Frauen und Leiter der Kindergruppe.**

Greppin. Montag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Mitgliedsbücher mitbringen.

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Sonntag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr im „Volkshause": **Funktionärsitzung.**

Dienstag, den 25. Oktober, im „Volkshaus": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage." Referent: Genosse Schumann.

Unterbezirk Sangerhausen.

Rietzdt. Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im „Brunnenschlößchen": **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage." Referent: Parteisekretär Genosse Lademann.

Blankenheim. Sonntag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, in Wendts Restaurant: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage." Referent: Genosse Lademann.

Modernes Theater

die führende Kleinkunst-Bühne

Das große Jubiläums-Programm

ist eine Sensation für Halle 1266

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Nur bis einschl. Montag. 3755

Aus der dunkelsten Gasse von New-York

Die Flucht ins Jenseits.

Sensationskomödie aus dem Reiche der unbegrenzten Möglichkeiten in 6 Akten.

Vorführung: 5.25, 8.05 Uhr.

Die sündige Vestalin.

Fünf hochdramatische Akte.

Vorführung: 4.00, 6.45, 9.25 Uhr.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

U.T.

Leipziger Strasse 86. Fernruf 1224.

Der grosse Erfolg!

Henny Porten

als

Geier-Wally.

7 Akte.

Der anerkannt beste Henny-Porten-Film!

Vorführung:

Sonntags 3.00, 4.40, 6.40, 8.40, wochentags 4.10, 6.20, 8.40.

Dazu ein interessantes Beiprogramm.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

3753

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Albert Bassermann

in dem Drama in 5 Akten

Die kleine Dagmar.

Nach Motiven des gleichnamigen Romans von **Elisabeth Werbauch.**

Vorführung: 4.40, 6.50, 9.10.

Seehär auf Freite.

Lustspiel in 2 Akten.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn: Sonntags 2 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Achtung! **Ammendorf.** Achtung!

Sonntag, den 23., und Montag, den 24. Oktober 1921:

Ammendorfer Kirmes.

Große Volksbelustigungen

Tanz und Fliegerkarussell, russische und amerikanische Luftschaukeln, Zirkus, Panorama, Schieß- u. Glücksradsbuden, Würfelbuden, Kasperltheater, Zucker-, Wurst- und Schmalzkuchenbuden.

Um regen Zuspruch bitten

*1293 **Die Aussteller.**

B. B.B. **Beths Bunte Bühne.**

Vornehme Künstlerspiele. 3767

Der vollständig neue unübertreffliche

Riesen-Spielplan!!

Morgen, Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr:

Wohlfahrts-Matinee

zum Besten der Internationalen Artisten-Loge

(Ortsgruppe Halle).

Auftreten von Kunstkräften der „Libelle", „3 Könige", „Modernes Theater" u. „B. B. B."

Hausfrauen, spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über Ihr schlechtbrennendes Licht?

Vorbei mit den enorm **hohen Gasrechnungen!**

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf.

Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht an **jeder Gaslampe** befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage, ca. **50%** **Gas** (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Helligkeit des **Gaslichtes** um ca. **300%**. Die Apparate sind **tausendfach** erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor. *1256

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe von Mk. 26,—.

E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorfer Weg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!

Stadttheater.

Sonntag, 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung:

Hanneles Himmelfahrt.

Traumdichtung von Gerh. Hauptmann.

Abds. 7 1/2, Ende 10 Uhr: Erstaufführung:

Meine Frau — das Fräulein.

3759 Operettenschwank von Beutten.

Montag:

Nichtöffentliche Vorstellung.

Thalia-Theater.

Sonntag, den 23. Oktbr., abends 7 1/2 Uhr:

Rosmersholm.

6912 Schauspiel von Ibsen.

ZOO. 2824

Sonntag, den 23. Oktober nachm. 3 1/2 bis 6 1/2 Uhr:

Konzert.

Philharm. Orchester, Leitung: Obermusikmeister K. Steuer.

Donnerstag, 27. Oktbr.

1. Gesellschafts-Konzert

Dauerwäsche

wird wieder zur Reparatur angenommen.

Dauerwäsche-Verleih.

3745 **Kl. Berlin 2.**

Gummi-waren-Versand,

Liste Nr. 9 einfordern.

E. Kertzscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststr.). 1239

3743

Trotz **großer Verteuerung,** biete ich immer noch

pa. Anzüge

neueste Formen, beste Verarbeitung.

Kleider und Blusen, Wäsche und Hosen

aller Art,

zu staunend billigen Preisen an 2804

Trabert, Kl. Ulrichstr. 5.

Sommersprossen beseitigt über Nacht „Teint frei" . . . ℳ 32,—

Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . ℳ 48,—

Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" ℳ 65,—

Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" ℳ 52,—

Üppiges Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . ℳ 75,—

Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" ℳ 28,—

Zahlreiche Dankschreib. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück. Versand diskret durch Laboratorium.

F. Möller, Heilkundiger, Bremen, *1228

Gr. Krummestr. 23.

Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

Licht-Spiele

Täglich der mit großem Beifall aufgenommene 3754

IV. und letzte Teil

des gewaltigen Abenteurerfilms

Silberkönig - „Rochesterstreet 29"

ferner der **Sittenfilm**

Drei Nächte - ? 6 Akte

mit Reinhold Schünzel, Otto Gebühr.

Das gesamte Programm umfaßt **11 Akte.**

Beginn täglich 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Telephon 4681. Große Ulrichstr. 7

Im Herzen der Stadt

Volkspark.

Heute, Sonnabend, u. morgen, Sonntag:

Vereins-Ball

und

Ball-Konzert. 3706

Frauen- und Mädchenchor, Halle.

Sonntag nachmittag 3 Uhr, im kl. Saale des „Volkspark":

BALL.

Hierzu ladet freundlichst ein

3757 **Der Vorstand.**

Morgen, sowie alle Sonntage, von vormittags 9 Uhr an: 3765

Gemütl. Frühschoppen.

ff. Pökelknochen, gutgepflegte Biere.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

A. Brinkmann, Dessauer Straße,

Ecke Hardenbergstraße.

Holzschuhe, Holzpantoffeln

in haltbaren, braunen und schwarzen Leder

saubere Ausführung prompte Lieferung

empfiehlt an Wiederverkäufer

Herm. Worg, Zwintschöna b. Halle, Stat. Diesdar, Tel. 1840.

Holzschuh- und Pantoffelfabrik. *1295

Zahle Geld zurück!

Prachtvolle Büste erhalten Sie in kurzer Zeit nur durch mein bekanntes u. bewährtes **„Allerbest".** Gibt **volle, feste Figur.** Beeinträchtigt weder Taille noch Hüften. Leichte äußerliche Anwendung. Großartige Anerkennungen u. meine eigene Erfahrung beweisen die Vorzüglichkeit. Es ist seit Jahren erprobt das **„Allerbeste".** Garant. unschädlich. Diskrete Zusendung nur allein durch

Frau Emma Fischer,

Berlin-Wilmersdorf 166, Kaiser-Allee 163.

Komplette Methode mit Spezialapparat 20 Mk. Große Dose Allerbestcreme 14,25 Mk. Einfache Quant. 9.75 Mk. Dankschreiben vom 1. Juni 20: Mit dem Erfolge bin ich sehr zufrieden, ich wollte ich hätte schon früher Ihr „Allerbest" benutzt, dann hätte ich viel Geld sparen können.

*1254 Frau V. aus A.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Oktober 1921.

Sozialdemokratische „Verteidigungs"methoden.

Die „Volksstimme" leugnet nicht ab!

Seitdem die Sozialdemokratie still und unbemerkt in die Gesellschaft von Stinnes gegangen ist, wird sie ihres Lebens nicht mehr froh. Nicht nur, daß ihr von dem gewaltigen Stinnes schon jetzt wichtige Fußtritte versetzt werden, zieht er sie auch immer tiefer mit in den kapitalistischen Sumpf hinein. Und es ist nicht unsere Schuld, wenn sich die Führer dabei öfter mit dem nackten Hintern in einen Brennesselhaufen setzen müssen, von den Urgeschädigten festgehalten und obendrein noch ordentlich verprügelt werden. Sie haben sich diese Behandlung selbst zuzuschreiben.

Wenn die sozialdemokratische „Volksstimme" sich in ihrer Hilflosigkeit und in ihrem Aerger über das Verhalten ihres Parteiverbündeten Dölb bei der Monarchistendemonstration am Dienstagabend nicht anders zu helfen weiß, um über die Kommunisten herzufallen, mit keinem einzigen Wort aber auf unsere Bemerkungen über Dölb und seine Sipo eingeht, so ist das jedenfalls sehr interessant und — symtomatisch. Das hysterische Geschrei der „Volksstimme" wird uns aber nicht abhalten, diesen Leuten — soweit sie es nicht selber tun — die heuchlerische Maske herunterzureißen. Sie mit alle unsere Feststellungen mit abgegriffenen Schlagworten ab: „Verdächtigungen" und „Verleumdungen", von denen unser Artikel gegen die Sozialdemokratie und gegen die „Volksstimme" wimmelt (gegen Dölb?!), nur so „strotzt". Alle unsere „Verdächtigungen" und „Verleumdungen" aber weiß sie nicht zu entkräften. Die selbst ist es jedenfalls doch etwas zu mulmig, die Dölbsche Schutzprotektion über dieses Raubgesindel noch öffentlich zu verteidigen. Darum geht sie auch ganz schamhaft über Dölb hinweg und stürzt sich auf die rote Fahne, die ein Sipoeitern attackiert wurde. Sie stellt fest, daß die rote Fahne nicht von der Kommunistischen Jugend, sondern von der sozialdemokratischen Arbeiterjugend getragen worden ist. Wir wollen diesen Irrtum gern eingestehen, um so mehr, daß wir freudig überrascht sind, daß zum wenigsten von der Jugend das Banner der proletarischen Revolution noch hochgehalten wird, nachdem es von den „Alten" längst als ein „roter Lappen" verpönt und durch die schwarzrotgoldene Flagge des Schieberstaates ersetzt worden ist. Wir hoffen auch, daß die sozialdemokratische Jugend sich unter dem roten Banner mit den revolutionären, klassenbewußten Jugend zusammenfindet und geschlossen dieses Banner der Revolution siegreich voranträgt. Die Kolben- und Säbelhiebe der Dölbschen Fuß- und Reitergarden, die bereits am Dienstag auf die Köpfe der Jugend niedersausten, werden sie auch auf den richtigen Weg bringen, und werden ihnen die große Lüge ihrer Führer von dem Befreiungskampf mit Stinnes noch öfters vor Augen führen. Der Anschauungsunterricht, den Dölb seinen Jugendgenossen zuteil werden ließ, wird zur Klärung wesentlich beitragen. Wir werden die Entwicklung abwarten; denn die Führer entlarven sich am besten selbst.

Rußland-Hilfe.

1. Quittung des Ortsvereins Halle.

Für die Rußland-Hilfe gingen von den nachbenannten Kollegen der Bauausführungsgenossenschaft folgende Beiträge bei der Ortsgruppe Halle der VKD. ein: Gustav Bachmann 150 Mk. Friedrich Enders 220 Mk. Willi Ebersbach 140 Mk. Frau Stellmacher 800 Mark. Wilhelm Berger 850 Mk. Gustav Krone 70 Mk. Max Schneider 200 Mk. L. Schettig 200 Mk. Richard Kohl 250 Mk. Hermann Pilz 170 Mk. Friedrich Enders 150 Mk. Bernhard Dorn 210 Mk. Gustav Krone 80 Mk. Richard Kohl 320 Mk. Max Schneider 420 Mk. L. Schettig 160 Mk. Frau Stellmacher 450 Mk. Willi Ebersbach 260 Mk. Ernst Sommer 390 Mk. Frieda Lehmann 90 Mk. Hermann Pilz 100 Mk. Wilhelm Berger 710 Mk. Karl Stellmacher 810 Mk. Bernhard Dorn 180 Mk. Willi Ebersbach 70 Mk. Paul Gotsch 180 Mk. Richard Kohl 270 Mk. Ernst Sommer 400 Mk. Frau Stellmacher 695 Mk. Hermann Pilz 190 Mk. Gustav Bachmann 120 Mk. Fr. Graul 345 Mk. H. Pilz 110 Mk. H. Knöchel 70 Mk. Rich. Kohl 270 Mk. Frau Stellmacher 205 Mk. H. Deparade 100 Mk. P. Wirnstiel 80 Mk. Emma Gotsch 80 Mk. Friedrich Enders 85 Mk. Friedrich Graul 50 Mk. Herm. Knöchel 70 Mk. Rich. Kohl 850 Mk. Max Schneider 170 Mk. H. Koch 545 Mark. Gust. Bachmann 35 Mk. Artur Alsleben 125 Mk. Friedr. Graul 205 Mk. H. Knöchel 70 Mk. H. Pilz 85 Mk. Frau Stellmacher 200 Mk. Bernh. Dorn 155 Mk. Ernst Sommer 220 Mk. Alsleben 105 Mk. Bernh. Dorn 55 Mk. Friedr. Graul 35 Mk. H. Pilz 75 Mk. Rich. Kohl 305 Mk. H. Knöchel 70 Mk. Frau Stellmacher 170 Mk. Im ganzen die Summe von 13 205 Mk.

Rednerabend der KPD.

Am Montag, dem 24. Oktober, abends 1/8 Uhr, findet in der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, die Fortsetzung des Informationsabends statt.

Am vergangenen Montag kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die taktischen Fragen der Partei. Die Aussprache zeigte ein reges Interesse an allen Fragen, die die Partei zu lösen hat. Die Gewerkschaftsfrage nahm einen sehr breiten Raum der Aussprache ein.

Die rege Beteiligung bei der Auseinandersetzung ist aber auch ein Zeichen dafür, wie die Kräfte in der Partei um eine klare Erkenntnis ringen. Die Schlagkraft unserer Bewegung kann dadurch nur gewinnen. Jeder propagandistisch tätige Genosse muß an diesen Abenden teilnehmen.

Die Leitung.

Der Dank des Vaterlandes.

Wie der Schieberstaat durch laufende Teuerungszuschüsse für seine Kriegsopfer sorgt.

Von der Fürsorgestelle der Stadt Halle wird uns geschrieben:

Alle Empfänger laufender Versorgungsgebührnisse nach dem RVG. vom 12. Mai 1920, dem Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 und den vor dem RVG. erlassenen Militärversorgungsgesetzen erhalten aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung mit Wirkung vom 1. August 1921 bis auf weiteres laufende Teuerungszuschüsse.

Die Teuerungszuschüsse werden monatlich im voraus gezahlt. Ein Anspruch darauf besteht nicht. Es erhält monatlich jeder Beschädigte, dessen Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist (Schwerbeschädigte) 30 Mk. und jedes Kind, für das er nach § 30 MVG. zu sorgen hat, 15 Mk. Wenn er nicht im Erwerbsleben steht und seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 v. H. gemindert ist, erhält er daneben 20 Mk., bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 90 oder 100 v. H. 45 Mk.

Empfänger eines Uebergangsgeldes, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist, erhalten 30 Mk., aber keine Kinder- und sonstigen Zuschüsse.

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Schwerbeschädigte und Altrentner für die Monate August bis November d. J. erfolgt im Stadtkreise Halle für die Schwerbeschädigten mit den Anfangsbuchstaben: K, L, M, am 24. Oktober, R, S, Sp, St., am 25. Oktober, T, U, V, W, am 26. Oktober, Sch, W, Zu, am 27. Oktober, E, F, G, H, J, am 28. Oktober, M, L, am 29. Oktober, H, J, P, O, am 31. Oktober und für Altrentner am 1. November, und zwar in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags, Mittwochs und Sonnabends nur vormittags, im Bureau der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 8, persönlich an die Empfangsberechtigten unter Vorlage des letzten Rentenbescheides und der Stammkartennummer. Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um 70 v. H. und mehr gemindert ist und die nicht im Erwerbsleben stehen, haben den Nachweis ihrer Erwerbslosigkeit durch Vorlage einer Bescheinigung ihres Polizeireviers zu führen.

Nach demselben Erlaß erhalten auch Kriegerwitwen, Waisen und Eltern von 1. August 1921 an laufende Teuerungszuschüsse, und zwar jede Witwe 25 Mk., jede Waise 15 Mk. und jeder Elternteil 15 Mk., die von der Postkasse zusammen mit den Versorgungsgebührnissen gezahlt werden. Die Witwen erhalten außerdem, sofern sie erwerbsunfähig im Sinne des § 37 Abs. 2 und 3 RVG. sind und nicht im Erwerbsleben stehen, also keinen regelmäßigen Verdienst haben, 15 Mk. Sonderzulage, die durch die amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene zur Auszahlung gelangen. Die Beträge für die rückliegende Zeit (August—Oktober) und für November sollen vom 24. Oktober an im Bureau der Kriegshinterbliebenenfürsorge, Kl. Steinstraße 8 III, werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags, außer Mittwochs und Sonnabends nachmittags zur Auszahlung gelangen. Alle Witwen, bei denen obige Voraussetzungen vorliegen, wollen unter Vorlage der Stammkartennummer die Beträge erheben, und zwar Empfangsberechtigte mit den Anfangsbuchstaben: A—F am Montag, dem 24. Oktober, G—H am Dienstag, dem 25. Oktober, K—O am Mittwoch, dem 26. Oktober, P—R am Donnerstag, dem 27. Oktober, S, Sch, Sp, St, am Freitag, dem 28. und T—Z am Sonnabend, dem 29. Oktober. Während der Auszahlung der Teuerungszuschüsse sind beide Abteilungen der Fürsorgestelle nur für besonders dringende Fälle geöffnet.

•

„Teuerungszuschüsse" von 30 Mk. monatlich für Schwerbeschädigte (über 50 v. H.), wenn er nicht im Erwerbsleben steht und seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 v. H. gemindert ist, 20 Mk. und bei 90 oder 100 v. H. Erwerbsunfähigkeit 45 Mk. besonders. Das soll der Ausgleich für die ungeheure Teuerung der letzten Wochen sein. „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß," mit diesen Worten haben die, die zu Hause „durchhielten" und die Not des „Vaterlandes" für die Wahrung ihres Profits zu gebrauchen wußten, die Frauen getröstet und die Männer in den Tod gejagt. Und heute bietet man diesen Opfern 20 bis 75 Mk. Teuerungszuschüsse an, eine Summe, für die man nicht einmal einen Zentner Kartoffeln bekommt. Die Verhöhnung der Kriegsopfer durch die kapitalistische Schieberregierung kann kaum noch überboten werden. Die Kriegsbeschädigtenorganisationen haben denn auch diese „Teuerungszuschüsse" abgelehnt. Zuerst einmal, daß sie der Teuerung in keiner Weise entsprechen, und ein andermal, daß die Beschädigten unter 50 Prozent überhaupt nichts bekommen. Unter diesen sogenannten Leichtbeschädigten befinden sich sogar heute schon eine Anzahl von Beinamputierten, klassenbewußten Jugendlichen, die mit ihrer Rente auf 40 v. H. herabgesetzt worden sind, und es gibt Oberschenkelamputierte, die auf 15 v. H. erwerbsbeschränkt gesetzt worden sind. Alle diese „Leichtverletzten" erhalten keine Teuerungszuschüsse. Ja, ja, der Dank des Vaterlandes.

•

Ein Urteil für Empfänger von Unterhaltungsrenten hat das Reichsgericht am 26. Mai 1921 (Aktengeichen IV. 27/21) gefällt. **Danach kann der Unterhaltsberechtigte von dem Unterhaltsverpflichteten eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Erhöhung der Rente beanspruchen, auch wenn er, was sehr wesentlich ist, durch gerichtlichen Vergleich auf alle weiteren Ansprüche ausdrücklich verzichtet hat.** Das Reichsgericht führt in dieser Hinsicht aus:

Gerade bei Festsetzung von Unterhaltsrenten kommt dem Werte des Geldes eine besondere Bedeutung zu: hier bildet den Gegenstand des Vergleiches im Grunde genommen gar nicht der anzusetzende Betrag, sondern die für den Unterhaltsberechtigten zu schaffende Möglichkeit, sich eine gewisse Menge von Dingen, die er zur Existenz seines Lebens unbedingt nötig hat, zu verschaffen; welcher Betrag hierfür nötig ist, bestimmt sich nach dem jeweiligen Stande des Geldwertes. Tritt hierin eine so wesentliche Aenderung ein, daß mit dem vereinbarten Betrag die Beschaffung nicht ins Werk möglich ist, so wird der ganze Zweck des Vergleiches vereitelt. Da es als Regel angenommen werden muß, daß solches dem Willen der Vergleichsschließenden nicht entspricht, so läßt es sich in solchen Fällen nicht umgehen, die Möglichkeit einer ergänzenden Auslegung zu erwägen, wie sie die neuere Rechtsprechung dem Richter zur Pflicht macht. Nur wenn der Unterhaltsverpflichtete in gleicher Weise wie der Berechtigte von dem Sinken des Geldwertes in seiner Lebenshaltung betroffen wird, könnte selbstverständlich der letztere nicht beanspruchen, daß die Verhältnisse einseitig zu seinen Gunsten berücksichtigt werden.

•

Den Unterhaltsrentenempfängern ist mit diesem Spruch der höchsten Instanzen kaum geholfen; denn der kapitalistische Staat wird einfach darauf hinweisen, daß er bankrott ist und daß er als Unterhaltsverpflichteter in gleicher Weise wie der Berechtigte von dem Sinken des Geldwertes betroffen wird.

Mittelstandspolitik auf dem Mieteleinigungsamt.

Die ganze mittelständische Feindschaft gegen die Konsumvereine wurde am Donnerstag auf unserem Mieteinigungsamt wieder einmal recht drastisch charakterisiert.

Das Grundstück, Reilstraße 6, in welchem der Allgemeine Konsumverein seit zehn Jahren ein Filialgeschäft unterhält, wurde vor zirka Jahresfrist von einem Fleischer Hummel käuflich erworben. Nun ist es den Erben unter Beihilfe des Mieteinigungsamtes (mit der Besetzung des Staatsanwaltschaftsrates Bodenburg als Vorsitzenden, dem Stadtverordneten Jentsch als Mieter und dem Kaufmann Baumüller, Burgstraße 5, Inhaber eines Weißwarengeschäfts als Hauswirt) gelungen, dem Konsumverein zum 1. Juli 1922 zu kündigen.

Mit Recht gingen die bisherigen Beschlüsse des Mieteinigungsamtes dahin, die Geschäfts- und Wohnungsinhaber gegen Spekulationshauskäufer dadurch zu schützen, daß man grundsätzlich solche Kündigungsanträge einfach ablehnte.

Aber hier handelte es sich um einen verhaßten Gegner, um den Konsumverein. Da können die Herren Mittelständler auch anders. Ob dadurch eine Anzahl Angestellte brotlos gemacht werden, kümmert die Herren wenig. Die Hauptsache ist, sie erreichen ihr Ziel. Merkt Euch das, Arbeiter! Nur krasse Interessenvertretung ist das Leitmotiv der Hausbesitzer und Mittelständler. Gebt diesen Leuten die richtige Antwort. Ihr könnt es!

Hauswirte, das sind gute Leute,

besonders dann, wenn sie bei einem Redakteur sind, vielleicht weil sie besondere Freunde der Zeitungsschreiber sind. Oder nicht? Na, kurz und gut, neulich hatten wir so eine liebenswürdige Unterhaltung und die wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

„Guten Tag! Ich bin der Herr so und so, von dem sie neulich im „Klassenkampf" geschrieben haben, das war natürlich ganz ungerecht, denn die Hausleute, die sind doch ganz unverträglich, die machen einem alles zum Possen, neulich hatten sie erst wieder einen Anschlag mit Aufzüngern beschmutzt, man sollte es kaum für möglich halten. Ich bin sechs Jahre im Ausland gewesen, habe beim Militär gedient und habe schon viele Wohltaten erwiesen usw."

Damit der gute Mann einmal Atem holen konnte, weiß ich nicht, wie es ist, wenn man lange redet, da unterbrach ich endlich einmal.

„Aber, meist sind doch beide Teile daran schuld, wenn die Menschen sich so zornig gegeneinander zustoben? Aber was sollen wir denn nun eigentlich tun? Haben Sie noch besondere Wünsche?"

„Ja, ich möchte gern wissen, wer den Artikel in die Zeitung hat einsetzen lassen?"

„So, das also möchten Sie gerne wissen, das tut uns allerdings leid. Aber wozu wollen Sie das denn wissen?"

„Nun, ich will den Betreffenden verklagen."

„Aber sagen Sie mal, Sie haben doch mit ihren Mietern sich schon verklagt. Sie sagten selbst, daß Sie viele hundert Mark haben bezahlen müssen, macht Ihnen das denn großen Spaß? Im übrigen, Sie taten vorhin so menschenfreundlich und gutmütig, aber jetzt sehe ich, daß Sie aus purer Rache nun Ihre Mieter verklagen wollen."

Da war denn die freundliche Aussprache bald zu Ende, aber ich merkte an den zusammengebissenen Zähnen, daß dieser Mann sehr rachsüchtig und leicht reizbar ist. Im Redaktionszimmer konnte er sich aber beherrschen.

Ich glaube es den Mietern, mit solchen „guten" Hauswirten ist schlecht zu verkehren.

Parteinachrichten.

Alle Distriktsführer

müssen am Montag im Bureau der Ortsverwaltung, Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, wichtiges Material abholen.

• **Gute Zeiten für Kartoffelschieber.** Wie mit dem wichtigsten Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung geschoben wird, dafür ein Anschnitt aus den täglichen Vorkommnissen. Ein Händler auf dem Steinweg erhielt vor einigen Wochen 300 Zentner Kartoffeln, die er für 45 Mk. pro Zentner eingekauft hatte. Als er merkte, daß von allen Seiten eine künstliche Verteuerung angestrebt wurde, wollte er nicht abseits stehen, sondern für seinen Teil dazu beitragen, die Profite zu steigern, denn auch er hatte seinen Vorteil davon. Als der Großhandelspreis bereits auf 65 Mk. hinaufgeklettert war, entschloß er sich, sie weiter zu verkaufen, und zwar für 65 Mk. pro Zentner. Inzwischen gingen die Preise immer höher, und da die Kartoffeln noch in seinem Keller lagerten, machte er den Verkauf wieder rückgängig. Jetzt werden die Kartoffeln mit 90 Pf., 1 Mk. und 1,20 Mk. das Pfund frei gehandelt und jede Hausfrau ist froh, wenn sie überhaupt für dieses Geld einige Pfund Kartoffeln bekommt. So wird die Teuerung von allen Seiten gefördert. Nicht nur, daß die Agrarier aus Profitsucht und aus politischen Erwägungen heraus die Kartoffeln zurückhalten, auch Kleinhandelskreise sind von der Spekulationswut bereits erfaßt und helfen dadurch den junkerlichen Kapitalisten bei der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung.

• **Die Firma Kühn nicht an den Waffentransporten für die Konterrevolution beteiligt.** Zu dem Artikel „Kleine Munitionssendungen für die rumänische Konterrevolution" erklärt die Arbeiterschaft der Firma Otto Kühn, Halle, Merseburger Straße, daß die Firma nichts mit irgendwelchen Transporten für die Orgesch und Konterrevolution zu tun hat. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß lediglich ein Irrtum vorliegen muß. Die Firma hat in Berlin die Materialien der früheren Verkehrs-Abteilung aufgekauft und transportiert dieselben von Berlin nach Halle ab. Dabei kommt es vor, daß Ersatzteile in früheren Votzenkasten verpackt werden. Aus diesen Gründen mag den Irrtum entstanden sein. Die Arbeiterschaft erklärt, daß sie es für ihre Pflicht hält, selbst auf derartige Transporten, wie in den Artikel angeführt, ihr Augenmerk zu richteten und erklärt nochmals, daß bei der Firma Otto Kühn, Merseburger Straße, solche Transporte nicht ausgeführt werden.

• **Achtung, Unfallverletzte und Invalidenrentenempfänger!** Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" eine öffentliche Versammlung statt, in der Arbeitersekretär Grabow über Valutafragen und wirtschaftliche Lage der Unfallverletzten und Invalidenrentenempfänger sprechen wird.

• **Kommunistische Jugend.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Heim eine Vollversammlung aller Funktionäre stattfindet. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Alle Mandolinenspieler treffen sich heute abend 7 Uhr zu einer Besprechung im Heim.

• **Kinderwanderungen** veranstalten morgen „Die Naturfreunde". Abmarsch 1/2 2 Uhr vom Wettiner-, Rannischen, Markt- und Paradeplatz. Das Ziel ist die Dölauer Heide. Vorwärts Kinder hinaus ins Freie, meidet die Straßen der Großstadt!

• **Der Elternbeirat von Halle-Giebichenstein** ladet zu seinem Lichtbildervortrag nächsten Montag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Große Brunnenstraße 5, nicht nur alle Oberklassen der Schulen, sondern auch alle Erwachsenen ein. Eintritt 50 Pfennig. Vorverkauf Papierhandlung Morgner, Dritte Straße 20.

• **Volkspark.** Heute, Sonnabend, im großen Saal Veranstaltung des Sportkartells, um einen kleinen Saal Theateraufführung des Arbeiter-Bildungsvereins Kröllwitz.

• **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, und Montag, finden im Stadttheater nichtöffentliche Vorstellungen statt. Sonntagnachmittag 3 Uhr gelangt als Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Hannelens Himmelfahrt" zur Wiederholung. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, Erstaufführung: „Meine Frau — das Fräulein", Operettenschwank von Herlett, Musik von Beutten. Dienstag, abends 8 Uhr, wird das Lustspiel „Im weißen Röß'l" gegeben. Mittwoch „Die Abreise"; hierauf „Frau Potiphar", Donnerstag „Meine Frau — das Fräulein", Freitag „Zwangseinquartierung", Sonnabend „Das Rheingold".

• **Thalia-Theater.** Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, das Schauspiel „Rosmersholm" von Henrik Ibsen zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

• **Freie Volksbühne.** 1. Aufführungsreihe: Thalia-Theater, „Nathan der Weise". Spieltage: I: Sonnabend, den 22., K: Montag, den 24., L: Mittwoch, den 26., M: Montag, den 31. Oktober.

• **Zoologischer Garten.** Sonntag, nachmittags von 3 1/2 bis 6 1/2 Uhr, konzertiert das Philharmonische Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer. Donnerstag, den 27. Oktober, findet das 1. Gesellschaftskonzert statt. (Siehe Anzeige.)

Dölau. Mitgliederversammlung. Die Gruppenleitung hat in letzter Zeit öfter Stellung zur Lage der Arbeiterschaft am Orte genommen und festgestellt, daß auch hier unerträgliche wirtschaftliche Zustände Platz gegriffen haben, über die nicht gleichgültig hinweggegangen werden darf, wie das von einem Teile der Arbeiterschaft bereits geschieht. Die gesamte Arbeiterschaft muß ihre Klassenlage erkennen und sich auftreffen, für ihre berechtigten Forderungen auch zu kämpfen. Die Partei nimmt am Sonntag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, bei Dietsche in einer Mitgliederversammlung zu der Lage der Arbeiterschaft abermals Stellung. Es sind wichtige Beschlüsse zu fassen, darum muß jeder zur Stelle sein. Bücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen.

Löbejün. Wenn ein Hausbesitzer eine Anfrage an die Behörde richtet . . . dann muß der Mieter die Kosten dafür tragen. So das Mieteinigungsamt des Saalkreises. Der Tatbestand ist folgender: Ein Mieter bewohnt mit Frau und zwei Kindern einen aus etwa acht Quadratmetern bestehenden Raum. In diesem einen Raum wird gekocht, gegessen, geschlafen usw. Ein Kind ist bereits seit längerer Zeit krank, das andere ist jetzt krank geworden. Um eine andere Wohnung zu bekommen, ließ sich der Mieter in die Wohnungsliste der Wohnungsuchenden eintragen. Der Hausbesitzer, der an dem Raum großes Interesse hat, setzte alle Hebel in Bewegung, um den Mieter herauszubekommen. Er wandte sich an das Mieteinigungsamt des Saalkreises, um eine Entscheidung herbeizuführen. Das Mieteinigungsamt des Saalkreises teilte nunmehr dem Mieter (?) mit, daß ihm durch das Wohnungsamt in Löbejün eine größere Wohnung zugewiesen werden würde, sobald eine Wohnung frei werde. Mit diesem Bescheid wurde ihm gleichzeitig auch eine Kostenrechnung in Höhe von 18.10 Mark unterbreitet, die binnen 14 Tagen beglichen werden müßte, wenn nicht Pfändung erfolgen solle. Um ein solches „kalomonisches" Urteil fertigstellen, verröcheln die Behörden die Zeit, verschmieren das kostbare Papier, um sich dann von unbeteiligten Personen die Kosten zurückerstatten zu lassen.

Lehndorf. Für die Rote Hilfe. Der Arbeiter-Gesangverein Eintracht, der nur 18 Mitglieder zählt, führte an die Rote Hilfe und an das Hilfskomitee für die hungernde Bevölkerung in Rußland je 100 Mk. ab. Proletarier, unterstützt diese Vereine!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

An alle Ortsgruppen der KPD.

Die Bezirkszentralbuchhandlung versendet in diesen Tagen an alle Ortsgruppen die „Beschlüsse des zweiten Parteitages". Die Broschüren sind schnellstens umzusetzen; nicht nur die Funktionäre, sondern alle Mitglieder müssen in den Besitz dieser wichtigen Broschüre gelangen. Der Preis beträgt nur 1 Mk. pro Stück. Die erlösten Gelder sind sofort einzusenden.

Reimann.

An alle Ortsgruppen des Internationalen Bundes der Kriegsopfer im Regierungsbezirk Merseburg.

Durch ein Rundschreiben der Gauleitung des Gaues Halle-Merseburg wurde mitgeteilt, daß der kombinierte Gautag in Naumburg am 29. und 30. Oktober stattfindet. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Sepertagautag am Sonnabend, dem 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Goldenen Stiefel stattfindet. Da es sich um große organisatorische Beschlüsse handelt, muß möglichst jede Ortsgruppe vertreten sein. Der kombinierte Gautag findet Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Stadtschützenhaus statt. Die Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Delegierte ohne Mitgliedskarte und Mandet haben kein Stimmrecht.

Sämtliche Delegierte müssen sofort ihre Adresse dem Genossen Richard Hirsemann, Halle, Dessauer Straße 7, mitteilen. Da am 29. Oktober große öffentliche Versammlungen stattfinden, müssen alle Genossen zwecks Uebernahme der Reden pünktlich in Naumburg eintreffen.

Gauleitung Merseburg-Anhalt.
J. A.: Hirsemann.

Der Feind, den wir am meisten hassen ...

Unser größter Feind ist der Kapitalismus, er bedeutet den geistigen und körperlichen Untergang des Proletariats. Der grimmigste Feind ist jedoch der Unverstand der Massen, er hemmt den Austrag der Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie, er verhindert, daß sich die geknechtete Arbeiterschaft international von ihren Fesseln befreit und der Weltbourgeoisie den Todesstoß versetzt. Er verzögert den Aufbau einer der kommunistischen Gesellschaftsordnung auf lange, [illegible] Er macht, daß das Proletariat immer mehr und [illegible] der Verelendung versinkt. Durch den Unverstand der [illegible] es möglich, daß die Arbeiter zur Schadenfreude der Bourgeoisie sich untereinander bekämpfen wie Klassenfeinde, wo sich doch, da sie allesamt einer wie der andere gleichsam vom Kapitalismus bis aufs Mark ausgebeutet werden, durch Solidarität der Proletarier verbunden sein müßten auf Tod und Leben. Durch den Unverstand der Proletarier ist es möglich, daß der erste Arbeiterstaat der Welt, Sowjet-Rußland der Arbeiter und Bauern, vereinsamt und allein von kapitalistischen Staaten umgeben und ständig an seiner Existenz bedroht ist. Dieser Unverstand hat es zuwege gebracht, daß die kapitalistische Welt noch besteht, daß das scheinbar übermächtige Kapital die heiligste Reliquie des Proletariats, den Achtstundentag antastet und darüber hinaus noch trotzdem große Schichten Proletarier arbeits- und brotlos machen kann. Der Unverstand der Massen kennt kein Klassenbewußtsein, kein politisches Denken, keine Initiative des revolutionären Handelns, sondern er kennt nur ein Verharren in der Versonnenheit, in der Gleichgültigkeit, für ihn ist die Welt mit ihren tagtäglichen gesellschaftlichen Geschehnissen ein Buch mit sieben Siegeln. Und wenn die gesamte Menschheit nicht durch den Verfaulungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft und durch den Unverstand eines großen Teils der internationalen Arbeiterklasse dem gesellschaftlichen Chaos anheimfallen soll, so ist es die wichtigste Aufgabe der internationalen kommunistischen Parteien, den Unverstand der Massen durch zähe und unermüdliche Aufklärungsarbeit zu beseitigen und die internationale Arbeiterklasse auf die Heerstraße des revolutionären Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu führen. Gewiß, dies wird eine ungeheure Arbeit sein und große Geduld erfordern, aber diese Arbeit ist eben die Vorbedingung für die Aufnahme des Entscheidungskampfes zwischen Kapital und Arbeit. Die Menschewisten aller Richtungen und Schattierungen haben die Schuld daran, daß die große Masse der Werktätigen bis heute noch nicht begriffen hat, um was es geht. Durch die ständige kapitalerhaltende Arbeit der Gewerkschaftsbureaukratie und den Verrat der sozialdemokratischen Parteien an den Lebensinteressen des Proletariats sind viele Glieder der Arbeiterklasse suggestiv in diesem Sinne beeinflußt und erzogen worden zum Unheil ihrer selbst. Diese Verrätercliquen am Proletariat wußten und wissen heute den nach einer besseren Lebensexistenz lechzenden Massen nichts anderes immer und immer wieder vorzugaukeln: „Kollegen, ihr müßt warten, die Verhältnisse lassen sich doch nicht übers Knie brechen!" Spinnen dann die Menschewisten dennoch nicht nach ihrem Willen, dann wird eine Bewegung der Arbeiter einfach abgemurkst, oder im Bedarfsfalle wird zum Schutz dieser abgefeimten Gewerkschaftsbureaukratie die Reichswehr, Sipo, und was es sonst noch alles zum Schutz der bürgerlichen Ordnung gibt, zu Hilfe gerufen, um „Ordnung" in die rebellierenden Arbeitermassen mit blauen Bohnen zu bringen. Im Interesse der Schmarotzer am Proletariat liegt es ja, die Massen in der Indifferentheit zu erhalten. Deshalb Kommunisten, klärt unermüdlich die indifferenten Klassengenossen auf, damit sie die Bahn des Klassenkampfes gegen das Weltkapital betreten.

Reinsdorf b. Artern. Es geht vorwärts! Am Mittwoch, dem 19. Oktober, sprach Genosse Lademann im Lokal „Zur Tanne" über die politische und wirtschaftliche Lage. Die Versammlung hätte besser besucht sein können, denn die Anwesenheit von nur 60 Personen beweist, daß in unserem Orte noch manches im Argen liegt. Aber glaubt die Arbeiterschaft schon soweit vorgeschritten zu sein, daß sie keiner Aufklärung mehr bedarf? Mit den Ausführungen des Referenten war man allseitig einverstanden. Nach Schluß der Versammlung schloß sich eine Anzahl der Anwesenden unserer Organisation an. Wir werden weiterhin versuchen, aufklärend zu wirken unter unseren Klassenbrüdern und -schwestern und erwarten von unseren Gesinnungsfreunden, daß sie uns tatkräftig unterstützen. Der Bücherverkauf für die Rußlandhilfe brachte einen Erlös von 56 Mark.

Gebsen. Oeffentliche Versammlung. In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung sprach am 18. Oktober Genosse Lademann über die inner- und außerpolitischen Verhältnisse. Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, dem am Schlusse lebhafter Beifall gezollt wurde. Ein Zeichen, daß alle Zuhörer mit dem Referenten einverstanden waren. Die Versammlung war ein voller Erfolg der KPD., denn eine ganze Anzahl Arbeiter meldeten sich zu unserer Parteiorganisation. Vorwärts, Genossen, geht unentwegt den Weg des Kommunismus! — An dieser Stelle sei noch darauf hingewiesen, daß am Freitag, dem 28. Oktober, im Lokal zur Goldenen Aue eine Mitgliederversammlung stattfindet. Genosse Lademann wird über den Organisationsaufbau sprechen.

Merseburg. Gegen Mißstände [illegible] Wohnhäusern wa[illegible] Stadtverordnetensitzung beantragt. Der Antrag [illegible] Magistrat und dem Finanzausschuß überwiesen wurde. Die Hospitalbrücke an der Friedensstraße soll auf die Stadt übernommen werden. Für bauliche Veränderungen im städtischen Grundstück 3 werden 100 000 Mk. verlangt. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Zum Schluß gab es noch eine große Debatte über die Kartoffelfrage. Es ist in der Aussprache kritisiert worden, daß für Bitterfeld bestimmte Kartoffeln nach dem Rheinland verschoben worden sind. Der Magistrat will Abhilfe schaffen. Wenn er in der Lage dazu ist!

Pouch. An den Pranger! Wir berichteten kürzlich von einem Unfall in der Teppichweberei in Pouch, indem ein Arbeiter durch ein Oberlichtfenster stürzte und dabei das Genick brach. Jetzt wird uns dazu nachträglich mitgeteilt, daß der Direktor der Weberei, als er von dem Unfall hörte, als erstes seine Besorgnis über den Verlust der dabei zersprungenen Glasscheibe äußerte. Die letztere tat ihm anscheinend mehr leid, als der tote Arbeiter, für den er jeden Augenblick ohne besondere Kosten Ersatz bekam. Eine solche Gefühlsroheit kann allerdings nur ein profitgieriger Kapitalist äußern. Es genügt, ein derartiges Gebahren anzuprangern!

Gräfenhainichen. Stadtverordnetensitzung. Eine Schankstreuerordnung wurde nach einer kurzen Aussprache an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen. Die Regelung der Fortbildungsschulbeiträge wurde einstimmig angenommen. Es lag ein Antrag vor von einigen Lebensmittelverteilern, die während des Krieges gewirkt haben. Sie beantragten eine Entschädigung von 400 Mk. pro Kopf. Darüber fand eine lebhafte Aussprache statt. Böhme (SPD.) betont dabei: Ich bin fünf Jahre im Kriege gewesen und unsere Frauen sind ungehörig behandelt worden; wir haben auch nichts bekommen. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Dem Erwerb von Straßenland von 2282 Quadratmeter zum Preise von 6 Mk. pro Quadratmeter auf dem Rudolfschen Gelände wird zugestimmt. Dann lagen noch Dringlichkeitsanträge vor betreffs Erhöhung des Gehaltes des küralich angestellten Kastellans. Der Erhöhung wurde zugestimmt. Dann hatte der Kartoffelhändler B. einen Antrag gestellt um Gewährung von 20 000 Mk., damit er genügend Kartoffeln heranschaffen kann. Der Antrag wurde abgelehnt. Bürgermeister M. bemerkt, daß die Kartoffeln von Pommern schon 72 bis 77 Mk. kosteten. Die Vorlage wird dem Magistrat überwiesen.

Pistertitz. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde einer neuen Ordnung für Erhöhung der gewerblichen Beiträge zur Fortbildungsschule zugestimmt. An Lustbarkeitssteuern [illegible] in Zukunft die gleichen Sätze wie in Wittenberg erhoben. Der Gemeindeanteil der Wertzuwachssteuer erfährt eine 100 prozentige Erhöhung. Den Gemeindebeamten werden die neuen staatlichen Gehaltszulagen bewilligt; desgleichen auch den übrigen Angestellten nach dem neuen Tarif des Zentralverbandes der Angestellten usw. mit einigen kleinen Abweichungen. Ein Antrag der Ueberlandzentrale Anhalt um Bewilligung einer ganz enormen Erhöhung der Preise für Licht und Kraft sowie einer erhöhten Zählermiete wird abgelehnt. Zu bemerken ist, daß die Zentrale bereits diese Beträge erhoben hat ohne Zustimmung der Gemeinde, was einfach als raffiniert bezeichnet werden muß. Hierzu beschließt die Vertretung, ein juristisches Gutachten einzuholen, um evtl. gerichtlich gegen die Ueberlandzentrale vorgehen zu können. Für die Renovierung des Volksheims stellt die Gemeinde der hierfür zuständigen Betrag als Darlehn zur Verfügung. Für Wohnungsbauten an der Tristitzstraße wird Zustimmung erteilt. Die Dreizimmer-Wohnungen kosten dort 750—800 Mk. Der Wittenberger Steingutfabrik wird unter Vorbehalt die Genehmigung zur Errichtung eines Staubeckens gegeben. Bei der „Amtsblatt"-angelegenheit entwickelt sich eine lebhafte Debatte. Es lagen Gesuche vor von der neu erstandenen „Klein-Wittenberger-Priestertitzer Zeitung", der „Wittenberger Allgemeinen Zeitung", des „Wittenberger Tageblattes" — der sogar ein Vierteljahr umsonst arbeiten wollte (kann er auch als Millionär!) — und der kommunistischen Fraktion um Berücksichtigung des in Kürze erscheinenden Kopfblattes des „Klassenkampfes". Während man für die Wittenberger Zeitung nur ein Lächeln übrig hatte, schien es, als ob wegen des kommunistischen Antrages die Geister nach geworden wären. Herr Schuster von der SPD. und Herr Weigelt von der USPD. glaubten für ihr Blatt dasselbe beanspruchen zu können; letzterer stellte die Pünktlichkeit in Frage infolge evtl. technischer und sonstiger Schwierigkeiten. (Ob hier der Wunsch der Vater des Gedankens war?) Es wurde von unseren Vertretern darauf hingewiesen, daß doch wohl nur die hohe Leserzahl in Betracht kommt. Die Sache wurde dann vertagt bis zum Erscheinen unseres Kopfblattes. Bis dahin bleibt der „Anzeiger" Amtsorgan. Für Oppau wurden 2500 Mk. bewilligt. Weiter wurde noch bekanntgegeben, daß Kartoffeln im Anrollen sind und daß dieselben zentnerweise pro Kopf zum Verkauf gelangen. Dem Antrag der KPD.-Ortsgruppe Pistertitz zum Anschaffung von Wintervorrat kann leider nicht in dem gewünschten Maße entsprochen werden, da einesteils die Kosten zu hoch sind und zweitens Kartoffeln in so großen Mengen einfach nicht zu haben sind. Doch wird die Gemeinde ihr Möglichstes tun, um für die ärmere Bevölkerung einen Vorrat anzuschaffen.

Torgau. Licht- und Kraftwerke Torgau. Zwischen der Stadt und der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Licht- und Kraftwerke Torgau", G. m. b. H." gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und Betriebsführung des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes und aller damit zusammenhängender Geschäfte. Das erforderliche Stammkapital wird zu drei Fünftel von der Stadt und zu zwei Fünftel von der Thüringer Gasgesellschaft aufgebracht. Die Betriebsführung liegt in der Hand der Thüringer Gasgesellschaft, die der Stadt eine vertraglich festgelegte Mindestentnahme gewährleistet. Der Gesellschaftsvertrag, der an Stelle des bisherigen Nachvertrages tritt, ist zunächst auf die Zeit vom 1. Oktober b. J. bis zum 31. März 1936 abgeschlossen worden.

Liebenwerda. Die SPD. im Kreishaussaal. In der „Volkstimme" wird ein Lehrkursus der SPD. im Kreishaussaal zu Liebenwerda bekanntgegeben. Dies fällt auf aus dem Grunde, da es das erste Mal ist, daß eine politische Partei den Landratssaal für ihre Zwecke benutzt. Auch das wäre nicht schlimm. Aber man fragt sich, wer hat hierzu die Genehmigung erteilt? Vor ein paar Tagen hat der Kreistag getagt. Dort ist weder ein diesbezüglicher Antrag noch eine Mitteilung davon gemacht worden. Es wäre interessant zu hören, ob vielleicht der Kreisausschuß die Genehmigung dazu erteilt hat. Aber auch dieser hat im Kreistag geschwiegen. Oder ist es gar eine Eigenmächtigkeit des Herrn SPD.-Landrats in Liebenwerda? Wir erwarten Auskunft hierüber.

— Der Kreistag des Kreises Liebenwerda verlief auch diesmal oft recht lebhaft. Vor allem waren es die scharfen Auseinandersetzungen zwischen der äußersten Linken und Rechten. Die Finanzklemme des Kreises grinste aus allen Fugen heraus, wenn die kommunistischen Vertreter ihre Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse erhoben. Es wurde von den Vertretern der Nutznießergesellschaft gehandelt und gefeilscht. Doch die energischen Töne, die die kommunistischen Vertreter anschlugen, wenn es galt, die notwendigsten Erfordernisse zu berücksichtigen, drangen manchen Bürgerlichen tief in die Ohren hinein. Einmal zog sich sogar die bürgerliche Mehrheit plötzlich zurück und mußte nach „Umgruppierung" wieder zurückkehren. Bald wieder war sie selbst wegen Steuerfragen aus dem Leim gegangen. Die kommunistische Fraktion blieb einig und trieb eine aufrechte grundsätzliche Politik. Obwohl zwei Genossen als Märzopfer im Gefängnis sitzen, an dessen leeren Plätzen ein großer Blumenstrauß zum Gedächtnis stand, drang die kleine Fraktion doch mutig vor. Ueberrascht wurde wohl mancher, als bei der Wahl zweier Amtsvorstehervertreter unsere Fraktion die Erklärung abgab, daß sie sich an einer Wahl beteilige, da die Kommunisten als „Menschen 4. Klasse" doch nicht bestätigt würden. Die schwächere SPD., die gar zu gern mit den Bürgerlichen bis zu den Deutschnationalen um einen Bezirk geschachert hätten, sahen die Fälle fortschwimmen. Die Bürgerlichen gaben keinen Knochen die SPD. ab und wählten ihre Leute. Ein SPD.-Vertreter sagte sogar: „Ich bitte die Bürgerlichen, den Kompromiß anzunehmen." Ein anderer wieder sagte: „Wir hätten es gern gesehen, wenn Sie es so belassen hätten." (Also jeder Richtung einen Schacherbezirk!) Bei der ganzen politischen Schmiererei stand die kommunistische Fraktion als aufrechte Kampfpartei daneben, wie es sich für eine Arbeiterpartei auch gehört, die die kapitalistische Weltordnung wirklich bekämpft. Es wurden für Bockwitz einstimmig 10 000 Mk. als zinsloses Darlehen zur Einführung des praktischen Haushaltungsunterrichts an der Volksschule bewilligt. Zum Ausbau der Kreisstraßen wurden zwei Millionen außeretatmäßig bewilligt. Der Bauzeit soll fünf Jahre betragen. Der Kreisausschuß soll diese Arbeiten überwachen. Der Bau eines weiteren Beamtenhauses wurde abgelehnt, da alle Kreisbeamten untergebracht sind. Der von der Stadt Liebenwerda beantragte Ankauf des Krankenhauses an den Kreis wurde abgelehnt. Nach langer Debatte wurde beschlossen, ein modernes und zweckentsprechendes Kreiskrankenhaus zu bauen. Der Kreisausschuß soll sofort mit den Vorarbeiten beginnen. Die Vergnügungssteuer von Kreiswegen mußte der Kreisausschuß wieder zurückziehen, da der Widerstand des Kreistages zu stark war. Eine Wertzuwachssteuer für den Kreis wurde einstimmig angenommen, eine fünfte Bezirkspflegerin für Mühlberg nach heftiger Debatte durchgesetzt. Diese Stelle hatte der letzte Kreistag gestrichen. Die Stadt Liebenwerda wollte vom Kreise das Moorbad wieder zurückkaufen. Dies wurde abgelehnt; doch soll der Pachtvertrag verlängert werden mit der Stadt. Die kommunistischen Vertreter protestierten gegen die viel zu starke Verwendung von Schupo bei geringfügigen Sachen, besonders bei zweifelhaften Verhaftungen. Sie forderten die Zurückziehung der Schupo. Jedenfalls vergeblich!

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Krughütte. Der Werkmeister Knauth entfaltet auf der Hütte eine emsige Agitation, um die Kollegen aus den freien Gewerkschaften zu ziehen. Es soll ihm wohl gelungen sein, ein oder zwei solche Aucharbeiter für sich zu gewinnen. Es gibt ja überall Leute ohne Rückgrat. Wir hoffen aber, daß die Arbeiter der Krughütte sich nicht als Waschlappen zeigen, sondern diesen „Meister" die gebührende Antwort geben, denn diese Kapitalsknechte glauben, daß sie, wenn sie unorganisierte Arbeiter um sich haben, besser ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt vertreten können. Wir möchten hauptsächlich den DDVB. ersuchen, auf die Krughütte ein wachsames Auge zu haben. Fragen möchten wir aber, ob der Werkmeister für eine andere Organisation arbeitet und für welche? Will man in Eisleben vielleicht einen Verband der „Halbidioten" bilden? — Infolge der Mißstände, die sich in letzter Zeit auf der Krughütte zeigen und die von dem Betriebsrat nicht abzuändern sind, hat sich der Betriebsrat entschlossen, seine Aemter niederzulegen. Hoffentlich haben die Arbeiter ein wachsames Auge, daß die richtigen Männer an die richtige Stelle kommen, die die Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen. Der Betriebsrat der Krughütte soll seine Aemter auch niedergelegt haben.

— Funktionärsitzung. Die für Sonnabend festgesetzte Funktionärsitzung fällt aus und findet dafür am Sonntag statt. Hierzu müssen aber alle Funktionäre, Zehnerschaftsführer usw. erscheinen.

Eisleben. Angst und Schrecken herrschte in den letzten Stunden in Eisleben. Ein Gerücht war verbreitet worden, das alles Blut in den Adern der Bourgeoisie erstarren ließ. Es meldet das „Eislebener Tageblatt": „Ein falsches Gerücht. In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, daß der berüchtigte Kommunistenhäuptling Schneider in den letzten Tagen hier wieder aufgetaucht ist. Wie uns vor zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entspricht dies nicht den Tatsachen." Wir haben herzlich gelacht, als wir das lasen. Genosse Schneider ist wirklich nicht so dumm, wie die Eisleberer Bürger glauben, um sich in die Arme der weißen Justiz zu stürzen, die brennend nach ihm verlangt. Die Herrschaften werden sich schon noch ein Weilchen gedulden müssen. Hoffentlich wird ihnen dabei die Zeit nicht zu lang!

Klostermansfeld. Schadenfeuer. Am Freitagvormittag entstand auf bisher unaufgeklärte Weise in den Ställen des Familienhauses ein Schadenfeuer. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer in kurzer Zeit löschen. Bei den Geschädigten handelt es sich um Arbeiter, die natürlich um so schwerer von dem Unglück betroffen werden, obwohl der Schaden nicht allzu groß ist.

Teutschenthal. Wer ist tot? Natürlich werden die Menschewisten sagen, die zxmal verwünschte KPD. ist tot! Die USPD. lebt, sie wird leben, und sie muß leben! Wir kennen ja die Leute. Aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Gekehrt wird ein Schuh daraus. Ein neuer Beweis: Für 16. Oktober hatte die USP. hier eine großke Volksversammlung mit diesem Zentnam angekündigt. Und das Volk kam in Scharen. Es zählte, daß das Gesicht der Veranstalter mit jeder Minute länger wurde. Als man begann, waren ganze dreizehn Mann anwesend. Unglückliche Dreizehn! Der Saal reichte nicht aus, so daß man die Versammlung in einer „Gesellschaftsstube" abhalten mußte. Herr Elpe (Eisleben) „referierte", und zwar richtig „unabhängig". Daß ihm zwei unserer Genossen in der Diskussion entgegentraten, hat ihn so in Harnisch gebracht, daß er in seinem „Schlußwort" ganz ärgerlich wurde und meinte, die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland wäre ihm viel zu brutal für seinen feinfühligen Charakter, er werde deshalb nach Frankfurt übersiedeln in eine höhere Stelle. Bravo! Wir wünschen ihm viel Glück zu seinem ferneren Lebensweg. Möge er das finden, was er schon längst gesucht hat. Wer weiß, was aus ihm noch werden kann! Seine „Leuchte" war hier entschieden zu klein.

Gerbstedt. Erhängt hat sich hier ein 72jähriger Invalide aus Angst vor Strafe, da er sich an schulpflichtigen Mädchen sittlich vergangen hatte.

Die Anzeigen-Annahme

für den „Klassenkampf" befindet sich in der Hauptgeschäftsstelle, Lerchenfeldstraße 14 (Fernruf 1047), und im Laden der Volksbuchhandlung, Harz 42—44.

Postbezieher vom „Klassenkampf"

wollen in diesen Tagen die Bestellung bei der Post aufgeben, damit eine pünktliche Zustellung gewährleistet ist.

Die guten MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

sind in der früheren Friedensqualität überall zu haben!

Man achte auf den Namen MAGGI und die rotgelbe Packung.

*1287

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0006

Aus der Partei.

Warnung.

Der Genosse Jakob Eckardt aus Bingen am Rhein hat seine Mitgliedskarte, sowie einen Ausweis des Zentralkomitees der ungarischen kommunistischen Partei, Budapest, und eine Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Ortsgruppe Wiener Neustadt, verloren. Da die Gefahr besteht, daß mit den Papieren Mißbrauch getrieben wird, so ersuchen wir alle Ortsgruppen, wo die Papiere auftauchen, diese sofort festzuhalten.

Bezirksleitung der KPD. Merseburg.

Gewerkschaftliches.

Vollversammlung der Betriebsräte.

Am Donnerstagabend tagte im „Volkspark" eine Vollversammlung der Betriebsräte, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Diese Versammlung war hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen, um Stellung zu nehmen zu der am kommenden Sonntag in Halle stattfindenden Bezirks-Betriebsrätekonferenz. Das einleitende Referat in der Vollversammlung hielt der Gewerkschaftssekretär Kollege Wielepp. Er wies darauf hin, daß das Betriebsrätegesetz schon bei seiner Beratung und bei seinem Inkrafttreten nicht die Zufriedenheit der Arbeitnehmerkreise fand, da das Gesetz nicht annähernd dem entsprach, was die Arbeitnehmerkreise von einem Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß erhofften. In der Praxis habe sich aber das Betriebsrätegesetz noch viel weniger befriedigend erwiesen. Abgesehen von den Bestimmungen des Gesetzes, die schon in ihrem Wortlaut den Wünschen der Arbeitnehmer nicht gerecht werden, enthalte das Gesetz auch vielerlei Bestimmungen, die sehr dehnbar und auslegungsfähig seien. Das werde von den Unternehmern dazu benutzt, diese Bestimmungen in ihrem Sinne auszubeuten. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß das Betriebsrätegesetz geändert werde. Eine Konferenz der Beiräte der Reichsbetriebsrätezentrale habe schon vor längerer Zeit Vorschläge zur Aenderung des Betriebsrätegesetzes gemacht, aber es sei auch notwendig, daß die Betriebsräte selbst, die mit dem Gesetz praktisch umzugehen haben, ihre Erfahrungen zu Anträgen verdichten. Der Redner ging dann auf die verschiedenen verbesserungsbedürftigen Bestimmungen des Gesetzes ein und zeigte an einzelnen Beispielen, wie nachteilig diese Bestimmungen in ihrer jetzigen Form der Arbeitnehmerschaft im allgemeinen und den Betriebsräten im besonderen seien.

In der Diskussion wurde dem Redner allseitig beigepflichtet, darüber hinaus aber noch eine viel schärfere Fassung der Bestimmungen zugunsten der Arbeitnehmer gefordert. Unter anderem wird verlangt, daß der Unterschied zwischen sogenannten wirtschaftlichen Betrieben und den Betrieben der Reichs-, Landes- und kommunalen Behörden beseitigt wird. Es gelangten dann noch einige Anträge im Sinne der Diskussionsredner zur Annahme, und sollen diese Anträge der Bezirks-Betriebsräte-Konferenz unterbreitet werden.

Die Vollversammlung bestätigte dann die in den Versammlungen der einzelnen Industriegruppen gewählten Delegierten zur Bezirks-Betriebsrätekonferenz. Außer den Delegierten sollen auch Gäste zu der Konferenz zugelassen werden, die gegen Vorzeigung eines Ausweises als Betriebsrat oder Mitglied einer freien Gewerkschaft auf der Galerie des großen Saales im „Volkspark" Platz nehmen können. Die Konferenz beginnt am Sonntag vormittag um 9 Uhr. Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen:

1. Die Steuerfrage. Referent Professor Waentig (Halle).
2. Die Novelle zum Betriebsrätegesetz. Referent Nörpel (Berlin).
3. Die Demokratisierung der inneren Verwaltung. Referent Kleeis (Aschersleben).

Es wurde beantragt, zu diesem ersten Punkt einen Korreferenten zu stellen. Auch wurde bemängelt, daß die Tagesordnung mit drei Referaten in Anbetracht der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit (der Saal muß nachmittags um 3 Uhr geräumt sein) zu stark belastet sei. Es wurde der Wunsch geäußert, daß den Betriebsräten, die an der Konferenz teilnehmen, ausreichende Gelegenheit zur Diskussion gegeben werde. Der Antrag für den ersten Punkt der Tagesordnung, einen Korreferenten zu verlangen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Um Redezeit für Diskussionsredner zu schaffen, wurde ein Antrag, daß die Referate nicht allzu lang sein sollen, dem geschäftsführenden Ausschuß der Betriebsrätekonferenz zur Berücksichtigung überwiesen.

Unter Verschiedenes erhielt dann der Kartellvorsitzende, Kollege Hesse, das Wort und führte aus, daß die Betriebsrätezentrale es sich sehr angelegen sein lasse, die Betriebsräte zu schulen. Das Programm der Volkshochschule lasse gerade diejenigen Fächer vermissen, die die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Funktionäre und Betriebsräte, stark begehren. Vor allem fehle in den Vorlesungen der Volkshochschule die Behandlung der Volkswirtschaft. Die Betriebsrätezentrale müsse nunmehr diese Lücke ausfüllen, und es ist deshalb geplant, in den nächsten Wochen einen Vortragszyklus für Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsangestellte einzurichten, wo über Volkswirtschaft und Betriebslehre gesprochen werden soll. Die Vortragsreihe wird sechs Abende umfassen. Zur Deckung der Unkosten wird von jedem Teilnehmer eine Hörgebühr von 5 Mark für die ganze Vortragsreihe erhoben. In dem Kursus werden nachstehende Einzelthemen behandelt:

1. Einführung in die Gebiete der Wirtschaftslehre.
2. Der Betrieb in der Volks- und Weltwirtschaft.
3. Das Unternehmerproblem.
4. Betriebswirtschaft — Betriebswissenschaft.
5. Psychotechnik — Taylorsystem.
6. Börse, Bilanz-, Konjunktur- und Handelslehre.
7. Staat und Gesellschaft.
8. Die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit.

Der Kursus wird mit seminaristischen Uebungen verbunden, d. h. den Kursusteilnehmern wird die Aufgabe gestellt werden, das in den Vorlesungen Gehörte mündlich und schriftlich wiederzugeben. Daß das Interesse für derartige Vorlesungen bei den Betriebsräten sehr stark ist, beweist die Tatsache, daß sich in die ausgelegten Hörerlisten sofort annähernd 70 Betriebsräte eingezeichnet. Weiteren Reflektanten, die an den Vorlesungen teilnehmen wollen, ist dazu noch Gelegenheit geboten, indem sie sich im Arbeitersekretariat in die dort ausliegenden Listen noch eintragen können.

Der Vorsitzende der Versammlung, Kollege Freyberg, wies dann auch noch auf die sonstigen Vorträge für die Betriebsräte hin und hofft, daß diese in Zukunft besser besucht werden als bisher.

Kollege Wielepp stellte fest, daß ein großer Teil der Betriebsräte noch nicht im Besitz der Legitimationskarten sei. Um eine Kontrolle darüber zu haben, daß nur Betriebsräte an den Vollversammlungen usw. teilnehmen, müsse sich jedes Betriebsratsmitglied eine solche Legitimationskarte beschaffen. Diese Karten sind entweder durch die Gewerkschaft oder im Arbeitersekretariat zu beziehen. Die Vorsitzenden der Industriegruppen haben die Pflicht, darauf zu achten, daß jedes einzelne Betriebsratsmitglied im Besitz einer Legitimationskarte ist. Des weiteren wies Kollege Wielepp darauf hin, daß die Unternehmer in letzter Zeit den städtischen Arbeitsnachweis vielfach umgehen und Arbeitskräfte auf anderem Wege einstellen. Dabei bevorzugen sie häufig, wie festgestellt ist, in erster Linie Mitglieder gelber Organisationen. Die Betriebsräte sollten deshalb darauf achten, daß Einstellungen nur durch Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises vorgenommen werden.

Zum Schluß machte Kollege Wielepp nochmals auf die vom Gewerkschaftskartell veranstalteten Sondervorstellungen im Stadttheater aufmerksam. Da aber am 31. Oktober die Vorstellung wiederholt wird, haben diejenigen, die diesmal keine Karten mehr erhalten konnten, ebenfalls noch Gelegenheit, sich die Oper „Die versunkene Glocke" anzusehen. Es empfehle sich aber, die Eintrittskarten für diese zweite Vorstellung bis spätestens Dienstag abend abzuholen.

Der Kampf im deutschen Buchdruckgewerbe.

Am 15. Oktober sperrte die große Zeitungsfirma Rudolf Mosse das gesamte technische Personal aus, weil die Buchdrucker und Hilfsarbeiter eine wöchentliche Zulage von 20 Mk. verlangt hatten. Am 18. Oktober stellten sämtliche bürgerlichen Zeitungen, mit Ausnahme des „Deutschen Tageblatts" und der „Deutschen Tageszeitung" ihr Erscheinen ein. Außer den beiden genannten Zeitungen erscheint in Berlin die Arbeiterpresse in erhöhter Auflage. Dieses Ereignis lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf den ununterbrochenen Kampf der seit den letzten Tarifverhandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe tobt.

Die Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hatten am 25. September einen Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses angenommen, der in weiten Kreisen der Mitglieder sofort einen Sturm der Entrüstung erregt hatte, weil er unter Bindung bis zum 31. Dezember 1921 geradezu jämmerliche Löhne vorsieht. Viele Ortsgruppen der Buchdrucker nahmen das Ergebnis nicht an, stellten neue Lohnforderungen. Es streikten die Buchdrucker in Hamburg, Harburg, Eisen, Darmstadt, Erfurt, Unna i. Westf., und sie erzielten Zulagen, die über die in der zentralen Regelung vorgesehenen Löhne hinausgehen.

In Berlin wollten die Unternehmer außer der seit Monaten regelmäßig gezahlten Wirtschaftsbeihilfe auch noch sämtliche Zulagen abziehen, die sich die Arbeiter der Zeitungsbetriebe im Laufe des letzten Sommers betriebsweise erkämpft hatten.

Dieser Abzüge wegen kam es zum Konflikt bei Mosse. Die Arbeiter bestanden nicht auf der ganzen örtlichen Zulage, sondern wollten nur als Entschädigung für die Abzüge eine wöchentliche Aufbesserung von 20 Mk. Wegen 20 Papiermark in Geld nach dem zurzeitigen Kurswert ausgedrückt lumpiger 40 Pf. wöchentlich, hat das brutale Unternehmertum der Zeitungsindustrie, das vor einigen Tagen die Preise für Zeitungen um 20 Prozent erhöht hat, Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen. Empörend ist das Verhalten der Gewerkschaftsbureaukratie. Die Tarifkommission für das Buchdruckgewerbe, die zur Hälfte aus Arbeitervertretern besteht, hat am 17. Oktober einstimmig der Firma Mosse Recht gegeben und die Belegschaft als vertragsbrüchig bezeichnet.

Die Empörung der graphischen Arbeiterschaft über das Vorgehen der Unternehmer und der Gewerkschaftsführer ist ungeheuer. Die Arbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) im deutschen Buchdruckgewerbe ist aufs äußerste mißtrauisch. Es ist zu erwarten, daß schon die nächsten Ereignisse diese Tarifgemeinschaft hinwegfegen werden, da sie versagt, wenn es gilt, den Arbeitern des graphischen Gewerbes menschenwürdige Löhne zu erzielen und lediglich dazu dient, der verschärften Ausbeutung der Arbeiterschaft Vorschub zu leisten, die Erhöhung der Druckpreise reibungslos durchzuführen und die sogenannten „wilden Streiks" abzuwürgen. Die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes kann in einer Zeit, in der die Kaufkraft der Papiermark in rasendem Tempo fällt, sich nicht auf lange Monate mit derselben Lohnsumme zufrieden geben, sie kann mit einem derartig profitgierigen Unternehmertum nicht friedlich zusammenarbeiten, sie muß die Tarifgemeinschaft sprengen und im Verein mit der übrigen Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung kämpfen.

Neues aus aller Welt.

Neun Todesopfer.

Essen, 22. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Zahl der Toten bei der Schlagwetterexplosion hat sich auf 9 erhöht.

Kirchenräuber. Magdeburg, 20. Oktober. Kirchenräuber raubten in der vergangenen Nacht aus dem Dom verschiedene Gegenstände von hohem kunstgeschichtlichen Altertumswert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Hinrichtung eines Mörders. Kempten (Allgäu), 21. Oktober. (TU.) Heute früh 6¼ Uhr wurde im Gefängnishof zu Kempten der 28 Jahre alte verheiratete Ludwig Schmahl aus Augsburg standrechtlich erschossen. Schmahl wurde am 4. September vom Volksgericht Kempten zum Tode verurteilt, weil er in der Nacht zum 27. April seinen Nachbar, den Händler Josef Schärzler, mit dem er wegen eines Kaufes in Konflikt gekommen war, durch Beilhiebe getötet hatte.

Eisenbahnunglück. Nürnberg, 21. Oktober. Im Hauptbahnhof fuhr eine Lokomotive früh 6.30 Uhr auf den einfahrenden Personenzug 239 auf, der von Deuchelingen kam. Drei Wagen entgleisten, vier Personen wurden leicht verletzt.

Rheuma, Gicht und Nervenschmerzen.

„Verblüffende Erfolge mit Togal".

Herr Redakteur M. Neumann, Landsberg, schreibt u. a.: „Ich litt zwölf Wochen an Gelenkrheumatismus und nichts verhalf mir zur Besserung. Da nahm ich Togal-Tabletten. In kurzer Zeit waren die Schmerzen verschwunden und von Tag zu Tag fühlte ich Besserung im linken Bein. Nach drei Portionen Togal war ich ganz gesund und konnte wieder gehen wie vordem. Ich habe großes Vertrauen zu Ihren Tabletten und habe dieselben bereits anderen leidenden empfohlen, teilweise auch schon mit verblüffendem Erfolg. Eine hiesige Dame hatte Rheumatismus in den Armen, so daß sie sich allein kaum ankleiden konnte. Ich empfahl ihr Togal-Tabletten und nach drei Tagen fühlte sie sich frei von allen Schmerzen." Leiden auch Sie nicht länger! Togal wird auch Sie von Ihren Schmerzen befreien. Es hat sich hervorragend bewährt, und zwar nicht nur bei Rheuma, sondern auch bei Gicht, Hexenschuß, Ischias, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, sowie bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen. Klinisch erprobt! Aerztlich glänzend begutachtet! Alle Apotheken führen Togal-Tabletten. 1222 *1283

Sind Lungenleiden heilbar?

Bei Asthma, Lungen- u. Kehlkopftuberkulose, Schwindsucht, Lungenspitzen-Katarrh, veraltetem Husten, Verschleimung, langbestehender Heiserkeit lese jeder die Broschüre mit obigem Titel. Der Verfasser, Herr Dr. med. Guttmann, Chefarzt der Finsenkuranstalt, zeigt darin in volksverständlicher Weise, natürliche Wege zur Beseitigung dieser schweren Leiden. Jeder Kranke erhält diese Broschüre auf Wunsch vollständig umsonst. Man schreibe nur eine Postkarte an **Publmann & Co., Berlin** 478 **Müggelstraße 25 a.**

*1134

Sie schädigen sich,

wenn Sie nicht sofort kaufen!

Decken Sie für jetzt und später Ihren Bedarf, denn unsere grossen Vorräte, die zur Zeit des niedrigsten Preisstandes gekauft sind, werden durch

die enormen Engros-Einkäufe

schnell vergriffen sein.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster und überzeugen Sie sich von unserer Preiswürdigkeit.

Täglicher Eingang von Neuheiten!

Staunen werden Sie über die reiche Auswahl und billigen Preise!

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Gr. Ulrichstraße 12. **Spezialhaus für Herren- und Damenstoffe.**

3762

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0007

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkammer.

Leutnant und Reichskommissar einer Kriegsverwertungsstelle

sind gleichsam Begriffe, die von Korruption nicht zu trennen sind. Die Schieber wissen, daß man mit diesen Oberschiebern ganz gute Geschäfte machen kann. Und so wollte auch ein Kaufmann aus Dresden mit einem solchen Leutnant und Reichskommissar ein Geschäftchen machen. Der „Leutnant" gab an, 80 Autos an den Mann bringen zu wollen. Es gelang ihm auch, dem Kaufmann zwei Schecks mit einer Gesamtsumme von über 10 000 Mark abzuschwindeln. Der Hausfrau hatte er außerdem vorgeschwindelt, daß er ein großes Geschäft mit Benzin machen werde, worauf diese ihm noch heimlich einen Scheck von 5500 Mark aushändigte, ohne indessen das Akzept auszuhändigen. Jetzt wurde dem Leutnant der Boden doch zu heiß und er machte sich nach Halle. Vor einem Hotel fuhr er mit einem Auto vor, ließ sich vor den Hotelier führen und erklärte mit arisiokratischer Gelassenheit diesem, daß er, der Leutnant Klemm, draußen auf der Chaussee mit einer Panne seines eigenen Autos liege, dringend einer Summe von 3500 Mark benötige, um deren Zahlung er gegen den Scheck von 5520 Mark höflichst bitte. Der hilfsbereite Hotelbesitzer gab das Geld her, und der Herr Leutnant empfahl sich, um nicht wieder zu kommen. Die Strafkammer verurteilte den Schwindler zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust.

Sport

S. F. K. Teutonia. 1. Mannschaft gegen Sportverein 3 Uhr (Sportp.-Platz). 1. Jugend gegen BFB Trotha 11 Uhr. II. Jugend gegen BFB. Trotha 10 Uhr. I. Schüler gegen Sportverein I. Schüler 11 Uhr (Sportp. Platz). II. Schüler gegen Fichte II. Schüler 9 Uhr. – Dienstag, den 25. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, Monatsversammlung.

Resultate der BFB. Trotha vom 16. Oktober: BFB. I.—Sportverein Kröllwitz 1 2:0 (1:0); BFB. II—Wettin I 4:1 (2:0); BFB 1 Jugend—Viktoria 1 Jugend 2:1 (1:0); BFB. II Jugend—Fichte II Jugend 6:0. – Sonntag, den 23 Oktober, trägt BFB folgende Spiele aus. I. Mannschaft—BFB. Lettin I, 3 Uhr (Brauerberge) II. Mannschaft fährt nach Kanna gegen Kanna I. Treffpunkt 11 Uhr vormittags am Riebeckplatz 1 und II Jugend gegen 1 und II Jugend Teutonia (Brandberge).

Märkische Spielvereinigung. 6. Bezirk. 4. Gruppe. Bei der letzten Gruppen-Vertreter-Sitzung waren 37 Vertreter anwesend; es fehlten drei Vereine. Es wurde ein Werbe-Sportfest beschlossen, der in Mücheberg stattfinden soll. Das Programm lautet: Vormittags 10/11 Uhr Steuerkampf. Sämtliche Vereine müssen in ihren Gauen antreten. Ziel: Wertspiele. Um 12 Uhr: Auszug nach dem Gemeinde-Sportplatz. Anschließend spielt BFB. 13 III. (Meisterschaftsspiel) gegen Freier Sport III. Anschlußspiel kommt eine 4×100 Meter Staffel zum Austrag. Sämtliche Vereine müssen eine Pflichtstaffette stellen. Von 1/2 4 bis 4 Uhr Propagandaamtspiel Fichte Ost, Berlin gegen 4. Gruppe (Auswahlmannschaft). Endlige legt sich zusammen aus: Kirchner, Habermann, Kramer, Wagner (Freier Sport Bochum), Andraß (Spielvereinigung-Preußen), Hermann Schröcke, Walther (BFB. 12-Hohenleipisch), Hengst, Gärtner, Schäfer (SCC. Cottbus) Schiedsrichter: B. Jacob, Kirchhain. Von der Klasse B spielen noch Mitteldeutsche-Grünewalde gegen E ern 18 Hirschhain. Pflicht eines jeden Sportlers ist es, für den 30. Oktober tüchtig zu agitieren! Der Schiedsrichter Lümann wies noch darauf hin, daß am Donnerstag, den 27. Oktober, ein Schiedsrichter-Kursus stattfindet. Lokal: Tiergarten (orm. Helbel) Giebichenstein. BFB. 12-Hohenleipisch (Berlin, Dresdener Bahnhof) sucht zum 6. November eine Propagandamannschaft aus Halle. Angebote mit Bedingungen sofort an: Gruppenleiter E. Walther, Elsterwerda Biehla, Kruppenstraße 113.

Eisloben. Arbeiterturnverein Sonntag, 23. Oktober, im „Volkshaus", turnerische Aufführungen und Reigen aus Anlaß des Herbstvergnügens.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krob; Verag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg; Altis. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Halle.

Durch besondere Verhandlung am 19. Oktober haben auch wir dem Schiedsspruch vom 5. Oktober unsere Zustimmung gegeben. Der Bezirks-Arbeitgeberverband hat seine Mitglieder angewiesen, ab 14. Oktober 1,10 Mk. auf die tariflichen Löhne vor dem 14. Oktober zu zahlen. Wo noch nicht geschehen ist, muß an die Arbeitgeber herangetreten werden; sollten sich einzelne Arbeitgeber ablehnend verhalten, muß uns dies sofort mitgeteilt werden

3763 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! *1274
STIEFELSOHLEN BILLIGST!
Für gutes Material u. saubere Arbeit wird garantiert.
Hermann Fischer,
elektr.-mechanische Schuh-Reparatur-Werkstatt,
Schmeerstraße 6, Geiststraße 38.

Achtung: Achtung!
Grosser Transport
Ferkel und Futterschweine
stehen dauernd zum Verkauf.
Ferkel von 80 Mk. an, heute eingetroffen.
Lindners Gasthaus,
*1261 Ammendorf-Radewell.

Sparkasse
der mitteldeutschen Bauzentrale,
gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe,
verzinst Einzahlungen bei der Annahmestelle der Verbandsbank gewerblicher Genossenschaften, Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 15, mit
fünf Prozent. 1236

Därme.
Ungeputzte, fl. Schweinsdärme à 8 Mk.,
Schafsaitlinge . . . . . à 12 Mk.,
Ziegenseitlinge . . . . . à 8—10 Mk.
kauft jedes Quantum. — Salz zum Ansalzen gratis.
Paul Essrich,
Darmschleimerei. 3751
Naidburger Str. 2 und Schlachthof.

Allen denen, welche an *1286
Hämorrhoiden leiden,
kann Obermayer's Mohlstatt-aufs beste empfohlen werden. Zeitung. Nur Rechtshandlung ist Herbo-Creme bestens zu empfehl. zu hab in a. Apoth. Drogen. u. Parfum.

Holz-Pantoffeln, Pantoffel-Hölzer
nur prima Waare
liefert billigst
Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,
nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof). 3745

Bettnässen. *1264
Befreiung sof. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. erteilt: Versandhaus Wohlfahrt, München 34, Winthirstr 23

Schwarz. **Rookanzug,** grauer **Jackettanzug** Winterüberzieh. f. Mittelf. abzl. Teffauer Str. 4, p. 3738

Achtung! **Bitterfeld** Achtung!
Den geehrten Einwohnern von **Bitterfeld** zur Nachricht, daß ich in der Grünwarenhandlung **Otto Quilitzsch, Dessauer Straße 18,** eine
Schuhwaren-Reparatur-
Annahmestelle
eröffnet habe. Durch große Lederabschlüsse, verbunden mit den neuzeitlichen maschinellen Einrichtungen meiner Werkstatt, bin ich in der Lage, alle vorkommenden Arbeiten schnell und zu soliden Preisen zu liefern.
Hochachtungsvoll *1289
Otto Henke, Schuhmachermstr.
Größte Maß- und Reparaturwerkstatt.

GOLDFARB-TABAKE
KALTBAR MÄDEWISCH JOHG GESUNDHEITS TABAK
BEKANNT DURCH GÜTE *1128

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Möller, Heilkundiger, **Bremen,** *1227
Gr. Krummenstr. 23. Sprechstd.: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Trotz Warenmangels und täglicher Preissteigerung
offerieren wir zu enorm billigen Preisen einen Posten 3746
Damen-Velourettes
zum Teil mit kleinen Fehlern, in den herrlichsten Tagesfarben und prima Qualitäten zum Preise von
Stück 30—70 Mk.
Ferner:
„Echt Wiener Velours"
in nur prima Ware
zu staunend billigen Preisen!
Anna Lehmann, Steinweg 20.

Vertrauliches, allerbestes Haus! 1222
Billige böhmische Bettfedern
vom Gänsezüchter!
1 Pfund graue, gute Halbschlißfedern 9 Mk., halbweiße flaumige 10 bis 12 Mk., weiße flaumige, geschliss. 18, 20 u. 25 Mk., schneeweißer Herrschaftsschleiß (Halbfl.) 30, 35, 40 u. 45 Mk., ungeschlissene weiße flaumige 27 u. 34 Mk., allerfeinste 40 Mk. Daunen, graue feine, 35 u. 40, weiße 60 Mk., feinster Brustflaum 75 u. 80 Mk. versend. zollfr. geg. Nachn.
Wenzel Fremuth, Descheitz 126 (Böhmen).
Nichtpass. wird umgetauscht oder Geld zurück.
Ausführliche Preisliste gratis.

Habe mich Lindenstraße 54 pt., Ecke König-, Linden- und Merseburger Straße, als prakt. Zahnarzt niedergelassen.
Dr. Gronau
prakt. Zahnarzt.
Sprechstunden 9—1 und 3—6 Uhr. 3749

Knorr Hafermehl hat reichen Gehalt an Eiweiß und blutbildenden Nährsalzen und ist *wohlschmeckend und nahrhaft* *1275

Filz- u. Holz-Pantoffeln.
Großes Lager! Bill. Preise!
Max Fricke.
Trothaer Straße 69.
Fernsprecher 3585. 1286

Asche- u. Lohnfuhren
werden sofort ausgeführt.
Richard Härtel,
Lerchenfeldstraße 14,
Ecke Schützenstraße.
3750 Fernruf 5822.

Gummi-Hosenträger Dauerwäsche
Fr. Speer
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 68 1267

Ehescheidungen, Alimente, Rechts-, Straf-, Steuersachen-Gesuche.
Tägliche Erfolge. 1238
Rechtsbureau u. Detektei W. Keß, Ankuftstr. 7, II. r
3221 Telephon 3221

In der Talamtschule u. Hermannschule Schnittzeichnen, Zuschneide- und Nähunterricht für Hausbedarf und Beruf. Anmeldung u. Auskunft 5—6. 1255 Glaucharer Str. 69, III.

!! Pickel, Mitesser !!
Ein einfach., wunderbares Mittel, teile allen daran Leidenden kostenlos mit.
*1226 **Frau M. Poloni,** Hannover B. 241, Schließfach Nr. 106.

Teilzahlung
Uhren, Wecker, Regulatore, Gold-, Silber-, Lederwaren, Schirme, Koffer, Leiterwagen, Rasier-, Rauchartikel, Kämme, Musikinstrumente, Sprechapparate, Photo-Spezialliste.
Katalog 1500 Abbild. kostenlos.
Jonass & Co., Berlin A. 57
Halle-Alliance-Strasse 7—16

Holz-Pantoffeln
en gros 1237 detail
nur prima Leder
liefert preiswert
Otto Ladecke,
Holzpantoffelfabrik,
Halle, Mansfelder Str. 47.
Wiederverk. erh. Vorzugspreise

Billig zu verkaufen:
Eine Harmonika,
zwei- und dreireihig, und
28 Freitier-Netze.
Daselbst werden Kaninchenfellchen zu kaufen gesucht.
Schmidt, Torstraße 21, III.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Für die mir und meiner Frau zum Geburtstag erwiesenen Ehrungen und Geschenke sage ich den Gesangvereinen Sieben Mori und Möhlich, wie auch allen Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank. 3752
Adolf Nehring u. Frau.
Halle, b. 22. Okt. 1921.
Rich.-Wagner-Str. 23.

Urinuntersuchungen!
Kommen Sie zu mir
zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres
Morgen-Urin
mit, und ich frage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch **Homöopathie** u. **Naturheilkunde** wieder gesund werden können, **Hotel Stadt Leipzig, Dienstag** nachmitt. von **2 bis 7 Uhr, Mittwoch** u **Donnerstag** vormitt. von **8 bis 12** und nachmitt von **2 bis 7 Uhr.** *1276
Paul Bohn, Heilkundiger.

Nur für Wiederverkäufer!
Erstklassige prima sächsische
Filzwaren aller Art und Lederpantoffeln
(durchgenäht — gepolstert — holzgenagelt)
bietet laufend zu billigsten Preisen an
Grossvertrieb und Lager
Georg Cohn :: Halle (Saale)
Steinweg 24. *1221 Fernruf 2891.

Kaufe Kanarienhähne und -weibchen
bis Montag, den 24. Oktober,
im Gasthof „Stadt Leipzig", Martinstr. 16.
Bezahle für Hähne 200,00 Mk. und höher, Weibchen, außer grünen, 30,00 Mk.
3761 **J. Tischler.**

Felle, Häute u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fellzurichterei, Fischerplan 2.

Jugendgenossin
sucht bei Genossen F
dringend ein
möbl. Zimmer.
Offerten an F. Lindenberg, Jakobistraße 30, I.

Gummiwaren
Frauenspritzen
hygienische Neuheit.
Menstruationstropfen
Preisliste gratis 1288
Vers. Germania,
Landsberger Str. 5, 1 Tr.

Arbeitsmarkt

Maurer- u. Zimmerleute
für hiesige und auswärtige Baustellen sofort gesucht.
Karl Lingesleben,
Baugeschäft,
Dryanderstraße 34. *1246

Tüchtige Zeitungsträgerin
für Reideburg
wird zum 1. November gesucht. Zu melden bei
Frau Schwarze, Kapellenende.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg.
Der Posten als
Hausmann
in der Produktiv-Genossenschaft ist besetzt und sagen wir allen Bewerbern unseren besten Dank. F

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1909 (Reichs-Gesetzblatt 1909, Seite 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Der Seuchenstall des Schlachthofes, hier, bildet einen Sperrbezirk. Für den Sperrbezirk gelten die Bestimmungen der in der „Amtlichen Allgemeinen Zeitung" vom 11. Mai 1920 Nr. 168 veröffentlichten viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920.

3737 Halle, den 18. Oktober 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die noch im Umlauf befindlichen Zuckermarken für Oktober, 25 kg-Scheine und Zuckerumtauschkarten, werden mit dem 26. Oktober 1921 außer Kraft gesetzt. Eine Belieferung findet dann nicht mehr statt.

Halle, den 20. Oktober 1921.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0008

Leben - Wissen - Kunst

Licht.

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

[19]

Steinbergs Ton war schroff und abweisend. Betroffen, gereizt, blickte Herr Linke ihn an.

„Sie müssen doch einsehen, daß es uns unangenehm wäre, wenn einer unserer Beamten mit diesem Hetzer verstippt und verschwägert wäre."

„Auf die Gefühle der Grubenleitung soll ich Rücksicht nehmen, die meiner Tochter aber soll ich außer acht lassen?"

„Ein Wort von Ihnen würde genügen. Sicherlich wünscht Ihre Tochter nicht, den Vater ins Unglück zu stürzen."

Herr Linke schwieg abermals, betrachtete das Gesicht des bucligen Schreibers, aus dem, jählings die glühende Röte gewichen war, einer fahlen Blässe Platz gemacht hatte.

„Ich möchte Sie nicht kränken", lenkte der Vorgesetzte mit plötzlicher Liebenswürdigkeit ein. „Aber, wie gesagt, Sie müssen einsehen, daß . . ."

„Daß nur die Gefühle der Grubenleitung, des Grubenbesitzers in Betracht kommen. Sind wir denn euer Zuchtvieh, daß ihr uns nach euerem Belieben paart? Bleibt uns nicht einmal in derlei Dingen die freie Wahl?"

„Herr Steinberg, Sie vergessen sich!"

„Im Gegenteil, ich erinnere mich. Erinnere mich an fünfunddreißig endlose Jahre, in denen ich nach eueren Vorschriften handeln mußte. Jede Gebärde, jedes Wort wurden mir vorgeschrieben. So mußte ich mich erheben, wenn der Vorgesetzte eintrat, so unterwürdig grinsen, so über blöde Witze der Herren lachen, so meine Empörung bekunden, wenn ein armer Teufel es wagte, Mensch sein zu wollen.

Wissen Sie, was es bedeutet, fünfunddreißig Jahre allen Zorn, alle Auflehnung, allen Ekel hinabzuwürgen? Eine Ewigkeit lang zu schweigen, weil man um das Brot seiner Kinder bangt? Ich hab es getan. Nun aber kann ich nicht mehr. Ihr habt mein Leben gebrochen, greift jetzt auch nach dem meiner Kinder. Hab ich mich dafür erniedrigt, daß auch diese Sklaven sein sollen?"

Samuel David Steinbergs gellende Stimme kippte über, irre Wut verschluckte ihm die Worte.

Herr Linke war blaß geworden. Eisig entgegnete er: „Wenn die Dinge so stehen, so ist es wohl besser, Sie geben Ihren Posten auf. Wir können in der Kanzlei keine Hetzer und Wühler brauchen."

Noch einmal packte die fünfunddreißigjährige Angst den bucligen Schreiber an der Kehle. Seine kleine Gestalt schrumpfte schier völlig zusammen; er zog den Kopf zwischen die Schultern, auf seinen bebenden Lippen formten sich bereits die Worte der Entschuldigung. Da fiel sein Blick auf das hochmütig lächelnde Gesicht des Vorgesetzten. Wie er dieses Lächeln kannte, wie er es haßte! In ungzähligen Jahren hatte es sich in sein Gehirn eingebrannt: das Lächeln des Herrn.

Samuel David Steinberg reckte die kleine Gestalt zu ihrer vollen Höhe auf, erwiderte ebenso hochmütig den Blick des anderen.

„Ich nehme meine Entlassung zur Kenntnis."

Er grüßte kurz und verließ die Kanzlei.

17. Kapitel.

Seltsam verändert deuchte Andreas Merz das Leben, seitdem Ruth seine Frau geworden war. Sie war so verschieden von den anderen Frauen und Mädchen, die er gekannt hatte, aber gerade das Fremdartige zog ihn an. Des buckligen Schreibers Sehnsucht nach Wissen hatte sich auf die Tochter vererbt, seine Schwäche jedoch, die geduckte Angst ungähliger freudloser Fronjahre, kannte sie nicht. Trotzig erhoben trug sie den kleinen Kopf, blickte der Welt mutig, schier herausfordernd ins Gesicht, als wolle sie sagen: „Ich nehme es mit dir auf."

Andreas Merz staunte häufig über ihren leidenschaftlichen Gerechtigkeitssinn; jedes anderen angetane Unrecht schien sie persönlich zu treffen, ihr schmales Gesicht wurde blaß, die dunklen Augen glühten, erfuhr sie von derartigen Dingen. Unrast eignete ihr, stete Unzufriedenheit mit allem Bestehenden. Andreas, den das warme Glück der eigenen Häuslichkeit schier ein wenig träge machte, litt bisweilen darunter. Unmerklich hatten ihn die letzten Kampfjahre ermüdet; nun verlangte es ihn nach Rast. Er verbrachte alle freie Zeit daheim bei seiner Frau, liebte es, stumm, versonnen neben ihr zu sitzen, sie immer wieder anzusehen, gleichsam um sich zu vergewissern, dieses Glück gehöre wirklich ihm.

Eines Abends, da sie vor dem Haus saßen, meinte Ruth unvermittelt: „Du wirst fett, Andreas."

Verblüfft blickte er an seiner langen, hageren Gestalt hinab, schob den Aermel zurück, hielt der Frau den knochigen Arm vor die Augen. „Das nennst du fett?"

Sie lachte.

„Nicht körperlich, Liebster, aber geistig. Du wirst zufrieden, satt, träge.

„Aber Ruth . . ."

„Ja", unterbrach sie ihn. „Du ziehst dich von allem zurück. Scheust dich ein. Flichst den Kampf."

„Weil ich keine Versammlungen mehr besuche, keine Reden halte?

„Du will dich nicht allein lassen."

„Ich könnte ja mitgehen."

Er streifte mit zärtlichem Blick ihren schwangeren Leib. „Jetzt, Liebste?"

„Ja, gerade jetzt." Ihre Stimme zitterte ein wenig. „Gerade jetzt verlangt es mich, von einer besseren Zukunft zu hören, immer von neuem die Ueberzeugung zu gewinnen, daß ich mein Kind nicht in diese Welt der Ungerechtigkeit und Qualen gebären werde, daß es ein freier, glücklicher Mensch sein wird."

Sie verstummte einen Augenblick, fuhr dann leise fort: „Du weißt ja nicht, Andreas, welch schwarze Angst mich bisweilen ankommt, wenn ich an das neue Leben in mir denke. Ich sehe vor mir die Proletarierkinder, blaß, kränklich, unterernährt, sehe die Männer und Frauen, ausgebeutet, entrechtet. Muß auch meinem Kind dieses Los werden?" Ihr Gesicht wurde totenblaß, sie verschlang krampfhaft die Finger ineinander. „Ich verstehe die Frauen nicht. In Schmerzen gebären wir unsere Kinder, hüllen sie in unsere Liebe ein, solange sie klein sind, und dulden dennoch, daß sie uns genommen, daß sie zur Fron getrieben werden. Wir betrachten unsere kleinen Söhne, freuen uns an den prächtigen kleinen Körpern und wissen, kommt ein Krieg, so werden diese unsere Kinder zu Millionen gemordet, verstümmelt, damit die Reichen noch mehr Geld anhäufen können. Und wir schweigen, fügen uns, gebären Knechte für die Herren, Kanonenfutter für die Kriege. Mich deucht, wenn ihr Männer zu stumpf seid, zu handeln, wir Frauen müßten allein die Revolution herbeiführen."

Er blickte sie betroffen an.

„Ich denke ja nicht nur an mein Kind. Die Angst, die mich packt, peinigt Millionen Frauen in allen Ländern, auf der ganzen Welt. Wer hat in solchem Maße das Recht zur Revolution, wie wir Frauen? Fühlen wir nicht in unserem Fleisch, was unseren Kindern angetan wird? Andreas, wie ist es möglich, daß es Proletarierinnen gibt, die nicht Sozialistinnen sind?"

Er lächelte ein wenig traurig.

„Gerade die Frauen sind es, Liebste, die sich gegen uns wenden; die Kirche hält sie im Bann . . ."

„Dann müßt ihr ihnen eben die Kirche ersetzen, Andreas. Ihr versteht es nicht, die Frauen richtig zu packen. Ihr kommt den lotmüden, abgerackerten Geschöpfen mit wissenschaftlichen Thesen, mit trockenen Erklärungen und wundert euch, wenn sie euch davonlaufen, der Kirche anhängen, die ihnen ein wenig Buntheit, Freude, Musik, Blumen bietet. Glaubst du, eine Frau, die für sieben Kinder gesorgt, gekocht, gewaschen, geflickt hat, deren Knie vor Müdigkeit zittern, deren armer Kopf leer vor Erschöpfung ist, hat etwas für den historischen Materialismus übrig? Aber sprich ihr von ihren Kindern, erzähle ihr, die Söhne werden durch ihre Arbeit genug verdienen, um menschenwürdig leben zu können, die Töchter werden keine geschundenen Lasttiere mehr sein müssen — dann wird sie dir zuhören."

Sie schwieg, legte ihre Hand auf die seine, sprach dann: „Andreas, es gibt so viel Arbeit, die Geister liegen noch alle im Dunkel; es gilt, ihnen das Licht zu bringen. Deshalb ertrage ich es nicht, nicht müßig zu sehen."

Andreas Merz war dunkelrot geworden. Er schämte sich, erkannte, ihre Vorwürfe seien berechtigt.

Sie merkte dies, wollte die peinliche Stimmung verscheuchen, meinte lachend: „Du hast eben Anlage zum ehrsamen Bürger, Andreas: „mein Heim ist meine Welt."

Er ging nicht auf den Scherz ein. Fest, schier schmerzhaft, drückte er die Hand, die auf seinen Knien lag.

„Diese Gefahr droht uns allen", sagte er düster. „In jedem von uns steckt verborgen der Bürger. Geht es uns gut, kommt etwas Glück in unser Leben, so zeigt der Bürger seine grinsende Fratze. Mir fehlt beine heilige Unzufriedenheit, Ruth."

„Vielleicht hängt euere größere Veranlagung zur Zufriedenheit auch ein wenig mit eurer Religion zusammen," entgegnete sie. „Euer Messias ist schon gekommen; dies ist ein beruhigendes Gefühl, ihr kennt nicht das angstvolle Harren der Juden auf den Erlöser."

Nun lachte er dennoch.

„Was du für Ideen hast! Auch unser Messias ist noch nicht gekommen, der rote Heiland; bloß die Boten verkünden sein Nahen."

„Er kam zu den Seinen, aber die Seinen nahmen ihn nicht auf", meinte sie ernst, die Worte des Evangeliums wiederholend.

„Weil sie ihn noch nicht erkannt haben. An jenem Tag, da alle Ausgebeuteten den Retter erkennen, wird der Sieg bereits errungen sein."

Philister.

Philister sind charmante Leute,
immer die gleichen, gestern wie heute.
Immer dieselben, heute wie morgen,
die für ihren Nachwuchs sorgen;
die vor fremden Türen kehren,
und im Schmutz die eignen lassen,
andern einen Trunk verwehren
und am offenen Spundloch prassen,
Flecken zählen an den andern,
aber selbst im Schlamme wandern;
die Unendliches mit Ellen messen,
so sie die Brille nicht vergessen,
wenn Bastillen stürzen sollen,
mit dem Stocke stützen wollen,
wenn man einen Kraftgedanken
ihnen schenkt, wie Trunkne wanken,
vor der Wahrheit hellem Scheinen
hinterm Sonnenschirme greinen,
wo Begeisterungsflammen brennen,
mit der Feuerpritze rennen;
die mit ihrer Dummheit prahlen —
aber bar bezahlen!

Pfau.

Die geschichtliche Notwendigkeit des Kirchenaustritts.

Von Artur Wolf.

Der Kirchenaustritt ist die Waffe, die das selbständig denkende Proletariat gegen alle geistige Unterjochung und Knebelung anzuwenden hat. In immer größeren Massen taucht die Erkenntnis auf, daß es an der Zeit ist, zwischen sich und allen religiösen Organisationen endgültig das Tischtuch zu zerschneiden. Aber diese Erkenntnis ist nicht allein das Produkt der Idee, der Reaktion ein wertvolles Kampfmittel aus der Hand zu schlagen. Vielmehr kommt darin ein Akt historischer Entwicklung zum Ausdruck, der zugleich den gewaltigen Unterschied zeigt zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Freidenertum wie auch zwischen Bürgertum und Proletariat überhaupt. Das moderne Proletariat von heute hat keinerlei Zusammenhänge mehr mit irgendwelchen religiösen Ideologen, es ist „religionslos" in der höchsten Potenz. Die Religion betrachten wir nicht als das, was die Menschen erhebt und begeistert. Die Religion ist uns nicht eine übernatürliche Offenbarung, wie die Pastoren sagen, aber auch nicht ein von schlauen Pfaffen erdachtet und erfundener Volksbetrug, wie die bürgerlichen Freidenker behaupten. Die Religion ist vielmehr eine natürliche Erscheinung, eine Anschauungsweise, die aus den natürlichen Lebensverhältnissen herauswächst. Die religiösen Anschauungen wälzen sich daher mit der Produktionsweise, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen um; zwar langsam und allmählich, weil früher gewonnene Denkweisen als Tradition im Kopfe haften bleiben und das Denken sich erst langsam an die neue Wirklichkeit anpaßt. Solange die Menschen sich in ihre Lebensinteressen von Mächten beherrscht fühlen, die über ihr Leben und über ihr Schicksal gebieten, gegen die sie machtlos sind, und die ihnen unbekannt und geheimnisvoll erscheinen, müssen sie annehmen, daß eine übernatürliche Allmacht über sie regiert. Das war bis jetzt immer der Fall. Zuerst herrschten die Naturkräfte unerkannt und ungebändigt über die Menschheit. Blitz und Donner, Sturm und Regen und Erdbeben waren dem Menschen unerklärliche, geheimnisvolle Erscheinungen. Deren elementare Wirkungen in furchterregender Weise auf die Menschen drückten und in ihnen den Glauben von der Existenz übernatürlicher, ihnen nicht faßbarer, nicht erkennbarer Kräfte oder Wesen aufdrängte. Aus dem engen Gesichtskreis der menschlichen Vorstellungskraft heraus ist es erklärlich, wenn diese gedachten, übernatürlichen Kräfte oder Wesen meist persönliche Gestalt annahmen, die der Mensch sich selbst, d. h., dem gegenwärtig am höchsten entwickelten Wesen, entlehnt hatte. — Doch das ist im Laufe der Jahrtausende und Jahrmillionen der Entwicklung und der menschlichen Existenz vollkommen anders geworden. Die Menschheit kennt heute die Naturkräfte in ihren Ursachen und Wirkungen und hat sie sogar zum größten Teil sich dienst- und nutzbar gemacht. Aber an den religions-schöpferischen Naturkräften sind im Laufe der menschlichen Entwicklung andere Kräfte hinzugetreten. Gesellschaftliche Kräfte, die aus den ökonomischen Verhältnissen des Menschen entspringen. Unter der kapitalistischen Warenproduktion fühlt der Mensch sich von geheimnisvollen Kräften beherrscht, gegen die er machtlos ist. Er arbeitet zwar nach eigenem Willen, aber das Produkt seiner Arbeit muß er austauschen oder verkaufen, und erst dadurch kann er leben und existieren. An dem Austausch tritt der Zusammenhang mit andern, mit der Gesellschaft zutage; ob er verkaufen kann und wieviel er für sein Arbeitsprodukt erhält, wird durch die Marktverhältnisse, durch Konjunktur und Konkurrenz bestimmt. Und das alles sind Kräfte und Faktoren, über die er nicht Herr ist, denen er sich schrankenlos unterworfen fühlt. Er kann Glück haben und reich werden, er kann aber auch, wie die meisten Gleiber der heutigen menschlichen Gesellschaft, in Not und Elend geschleudert werden. Daher muß in diesen Menschen die Religion, der Glaube an einen übernatürlichen Schöpfer und Lenker aller Dinge neue Nahrung erhalten, ja aus ihren Lebensverhältnissen notwendig herauswachsen.

Das alles aber gilt nicht mehr für den modernen Lohnarbeiter, vor allem nicht mehr für das heutige sozialistisch-revolutionär geschulte Proletariat. Zwar seufzt auch heute noch der Lohnsklave unter der Qual und dem Elend, die ihm der Beherrscher der Gesellschaft, der Kapitalismus, auferlegt. Aber für ihn hat die gesellschaftliche Macht des Kapitalismus alles Uebernatürliche und Geheimnisvolle verloren. Er kennt den Werdegang und das Getriebe der kapitalistischen Produktion, das tagaus, tagein Zehntausende in ihrem schrecklichen Räderwerk zermalmt. Und er weiß, daß er von diesem Kapitalismus keinen Reichtum, sondern nur immer neues Elend, neue Leiden zu erwarten hat. Und diese Kenntnis erhebt ihn weit über die die Gedankenwelt der Bourgeoisie, denn sie nimmt ihm die Furcht, die Ursache aller religiösen Ideologie!

Dieser Einblick des modernen Lohnarbeiters in das Wesen des Kapitalismus zeigt ihm zugleich die Mittel, den Kapitalismus, als den Urheber aller seiner Not und seines Elends, zu beseitigen. Die gewonnene Erkenntnis stellt ihn mit beiden Füßen in diese Welt, alle übernatürliche Hoffnung verliert sich für ihn im Nebelreich. An die Stelle des erhofften Himmelreichs tritt für ihn die Lebensnotwendigkeit, diese Welt zu einem Menschheitsparadies zu gestalten, in dem jedes menschliche Wesen so viel Glück und Zufriedenheit findet, als die hochentwickelte Kultur zu schaffen imstande ist. Für die egoistisch-fatalistische Hoffnung auf einen guten Platz im Jenseits regt sich in dem modernen Proletarier ein ganz anderes, kulturell viel höher zu bewertendes Sittlichkeitsgefühl, die Solidarität, hält ihn mit allen seinen Klassengenossen, die gleich ihm unter dem gleichen Elend leiden und mit ihm das gleiche Interesse an ihrer Befreiung haben, zu mächtigen Organisationen zusammen. In diesen Organisationen ist nicht mehr der egoistische Wille des einzelnen, sondern der Massenwille, das Masseninteresse, das allgemeine Menschheitsinteresse, geltend: „Einer für alle, alle für einen!"

Und daher ist im Denken des modernen, revolutionären Arbeiters kein Platz mehr für die Religion, sie findet in seinen Lebensverhältnissen keine Wurzel und keine Nahrung mehr und stirbt ab.

Damit ist für den klassenbewußten revolutionär denkenden und handelnden Arbeiter die Frage gelöst, wie er sich zur Kirche, zum Machtinstrument der Religion, zu verhalten hat.

Existiert für ihn keine Religion mehr, kann es für ihn auch keine Konfession und keine Kirche geben, und es erwächst ihm zur unabweisbaren Pflicht, eine reinliche Scheidung zu vollziehen. Der Massenkirchenaustritt des bewußt sozialistisch-revolutionären Proletariats ist ein Akt der geschichtlichen Entwicklung. An uns ist es, den Gang dieser geschichtlichen Entwicklung nach allen Kräften zu fördern und ihm die Bahn freizumachen. Das proletarische Freidenertum muß die Schicht des Proletariats umfassen, die den Gang der revolutionären Entwicklung in allen ihren Stadien am besten und klarsten erfaßt und die Konsequenzen daraus gezogen hat. In erster Reihe der Front des um seine endgültige Befreiung kämpfenden Proletariats müssen und werden daher die aufgeklärten proletarischen Freidenker stehen als Sturmtruppe, die die Fahne der Erkenntnis vorausträgt, bis zum Sieg. An alle unsere Klassengenossen aber, die sich bewußt sind, daß sie in diesen Befreiungskampf auch ihren Mann stellen müssen, richten wir die dringende Mahnung, daß sie sich nicht länger dem geschichtlich notwendigen Akt der Loslösung von überlebten Anschauungen und Einrichtungen des Klassenstaates, entgegenstemmen, sondern in voller Konsequenz ihrer sozialistischen Weltanschauung sich bewußt zu dem Schritt entschließen, der der letzte Schritt aus dem morschen Bau des Kapitalismus und der erste und wichtigste Schritt zum Sozialismus ist: Zum Austritt aus der Kirche!

Der getaufte Braten.

Der Missionar E. A. Young, der jahrelang unter den Salteaux-indianern des nördlichen Amerika lebte, erzählt: In jenem Gebiete war auch die katholische Mission tätig. Die kirchlichen Förmlichkeiten, die die katholischen Missionäre, meist Franzosen, vorschrieben, fanden jedoch mit den Lebensgewohnheiten der Indianer und den klimatischen Verhältnissen nur wenig im Einklang; namentlich die Freitagsfasten waren im Winter, wo die Flüsse dickes Eis bedeckte, schwer zu befolgen. An einem Freitag kam ein französischer Priester in einen Wigwam (Hütte eines Indianers) und fand einen seiner besten Indianer dabei, wie er sich gerade ein großes Stück Wildpret schmecken ließ. Mit der ganzen Erregtheit eines Franzosen stürzte der Priester auf den Mann los und schrie ihn an: „Was sehe ich da! Habe ich nicht gesagt, da man am Freitag kein Fleisch essen darf?" Der Indianer schob mit aller Seelenruhe einen weiteren Bissen in den Mund und entgegnete gelassen: „Das ist kein Fleisch, sondern Fisch." — „Aber ich sehe es doch mit eignen Augen, daß du Wildpret ißt", eiferte der Priester. „Es ist kein Wildpret, sondern Fisch", sagte wieder der Indianer. Der Priester wurde jetzt ärgerlich und rief: „Bist du von Sinnen, oder bin ich's? Ich sage dir, das ist Wildpret und nichts anderes." — Hierauf beteuerte der Indianer aufs neue: „Nein, es ist kein Wildpret, sondern Fisch. Vor einiger Zeit kamst du zu mir und sagtest: Ukusketus, ich wünschte, du wärest einer von meinen Leuten. Ja, sagte ich, wie soll ich das anfangen? Du sagtest: Nun, ich will dich taufen. Als ich mich taufen ließ, weil du mir ein Hemd dafür gabst, sagtest du zu mir: So, jetzt habe ich dich verwandelt, jetzt bist du nicht mehr Ukusketus, sondern Peter. Nun kommt der Freitag und ich habe keinen Fisch, denn die Flüsse sind gefroren. Da ich aber hungrig bin und nicht den ganzen Tag hungern kann, so denke ich, du machst es, wie bei Priester es gemacht hat. Ich nahm etwas Wasser und dieses schöne Fleisch und sagte: Du bist zwar Wildpret, aber ich taufe dich um; darauf begoß ich es mit Wasser, und nun ist es kein Wildpret mehr, sondern Fisch!"

Das Fremdwort in der Politik.

Ratifizierung (Ratifikation) — Bestätigung, Genehmigung (z. B. des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages durch den Senat in Washington).

Reparation (Reparatur) — Wiederherstellung, Ersetzung (z. B. Wiedergutmachung der im Kriege erlittenen Schäden und Verluste der Entente durch Belastung der deutschen Arbeiterschaft).

Entente — Einvernehmen, Einverständnis (im Einvernehmen handelnde Mächte). Entente cordiale — herzliches gutes Einvernehmen.

Illusion — Täuschung, Trug, Wahn.

Exekutive — vollziehende Gewalt (z. B. im Staate; oder die Zentrale, das ausführende Organ der Dritten Internationale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0009

Kämpfende Jugend

Kinderelend auf dem Lande.

„Aufstehn! Hoch! Vom Strohsack runter!
Rein in eure Holzpantoffeln!
Hopp und dalli los! Und munter
Hin aufs Feld zu den Kartoffeln! . .“

Also tönt es früh am Morgen
Stets im Herbst den armen Kleinen
In den Hütten, drin die Sorgen
Sich mit bittrer Not vereinen.

Kinderrücken, die sind schmiegsam,
Kinderhände, die sind billig,
Kinderwille, der ist biegsam,
Und das Elend macht so willig . . .

Zehn, zwölf Stunden sich zu plagen,
Ist das Los der armen Kleinen.
Für den „Herrn“ sich abzurackern —
Lohn dafür? So gut wie keinen!

Und der „Herr“, der ist ein frommer,
Ach so frommer, lieber Christ,
Der im Winter wie im Sommer
Sich zur Kirche fahren läßt . . . .

Nach dem Spruche, daß die Kinder
Nur das Himmelreich erwerben,
Handelt dieser Leutschinder,
Daß sie möglichst frühe sterben . . .

Robert Respital.

Ueber kommunistische Bildung.

Ein treffendes Beispiel dafür, daß des Menschen Wesen ein Ergebnis der Gesellschaftsform ist, haben wir in der bürgerlichen Bildung. Sie ist tatsächlich nichts weiter als ein Mittel zur Festigung der herrschenden Klasse. Schon ihre Verteilung auf die Gesamtheit der Gesellschaft zeigt, daß den zum Herrschen Bestimmten sie in ihrem ganzen Umfang offen steht, während diejenigen, die es nicht verstanden, durch Ausbeutung ihrer Mitmenschen das eitige Kapital zu erwerben, in der Volksschule neun Zehntel allen Bildungsschatzes nicht erhalten und das übrige Zehntel dem Interesse der herrschenden Klasse gemäß verbogen und verlogen. Aber auch die Richtung der bürgerlichen Bildung zeigt sie als Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaft: sie ist durch und durch auf die Erhaltung des Privateigentums eingestellt. Daraus erklärt sich ihre innere Lüge: in widerlicher Uebertreibung gebietet sie, den Nächsten zu lieben, in einem und demselben Atemzuge verherrlicht sie den Krieg! Sie spricht von der Freiheit des Menschen und zugleich von der Notwendigkeit, sich den Interessen der „Allgemeinheit“ unterzuordnen, ein Widerspruch, der in der kommunistischen Gesellschaft nicht existiert, weil in ihr allein das Eingeliniereisse wirklich zusammenfällt mit dem Allgemeininteresse.

Alles Material, alles Wissen, was die Menschheit in Jahrtausenden erworben hat, benutzt sie, um die kapitalistische Ordnung zu stützen. Dichter und Philosophen, Künstler und Wissenschaftler, sie alle, die die Bildung verbreiten und mehren, sind in ihrem Bann gefangen. Es ist selbstverständlich, daß wir unter kommunistischer Bildung diese Bildung nicht verstehen können. Aber es wäre ein gewaltiger Irrtum, wollten wir sie unbenutzt lassen, daß hieße das Kind mit dem Bade ausschütten.

Wir können nur wahre Kommunisten werden, wenn wir das Material, den Rohstoff benutzen, den die alte Gesellschaft aufgespeichert hat.

Auf die Bildungsfrage der KJ. bezogen, heißt das: die Kommunistische Jugend kann eine wahrhaft kommunistische Bildung nur erreichen, indem sie die ungeheuren Schätze der Naturwissenschaft, der Geschichte, der Religionsgeschichte usw. benutzt, die augenblicklich vorhanden sind.

Hätten wir genügend kommunistische Fachgelehrte, dann wäre das allerdings besser. So aber müssen wir einen anderen Weg beschreiten; wir müssen uns die Tatsachen aneignen, die in den Büchern bürgerlicher Professoren vermerkt sind, aus den Gebieten der Geschichte, der Naturgeschichte usw., aber wir müssen sie nur als Bausteine benutzen. Die Richtschnur aber, nach der die Linien des Baues gerichtet werden, ist die materialistische Geschichtsauffassung. So ist es nötig, daß wir zuvor z. B. Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ lesen, wenn wir die Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte erfassen wollen.

Aber ist es denn nötig, daß wir neben unserer politischen Betätigung uns mit der Aneignung solcher Bildung befassen? Wir wollen nicht von vornherein eine Antwort geben, sondern eine Untersuchung anstellen. Ob wir diese Bildung nötig haben oder nicht, hängt von unseren Aufgaben ab.

Welche Aufgaben haben wir?

1. Uns selber zu guten Kommunisten zu machen. Nun sind wir aber noch lange keine Kommunisten, wenn wir uns kommunistische Parolen zu eigen gemacht haben. Wir müssen vielmehr die Geschichte der Menschheit in ihren Tatsachen kennen, ehe wir begreifen können, daß sie eine Geschichte der Klassenkämpfe ist und nichts anderes. Wir müssen die Tatsachen aus der Entwicklung der Religionen wissen, um zu erkennen, daß menschlicher Irrtum und nicht übernatürliche Kräfte den Begriff eines Gottes unter uns brachte. Wir müssen die Tatsachen der Naturwissenschaften kennen, um die Stellung des Menschen im Reiche der Lebewesen, also auch unserer eigenen Stellung, klar erkennen zu können, damit wir nicht in Größenwahn verfallen. Wir müssen die Tatsache des „Geistes“-lebens kennen, um ganz frei zu werden von jedem Wunderglauben. Nur, wenn wir all diese Bausteine verwenden, können wir uns selber unsere Weltanschauung errichten. Nur dann werden wir zu jedem Opfer bereit sein, wenn wir klar Anfang, Weg und Ende der Menschheit und unseres eigenen Lebens erkannt haben. Also: willst du selber guter Kommunist werden, so mußt du die Bildung erschaffen, indem du die vorhandenen Bausteine benutzt.

2. Wir sollen andere für den Kommunismus gewinnen. Diese anderen leben meist in einer ganz anderen Gedankenwelt. Wollen wir an sie herankommen, so müssen wir die Begriffe, mit denen sie arbeiten, kennen, sonst redet einer am anderen vorbei. Nicht, indem wir sie mit unseren Parolen, die ihnen unverständlich sind, überfallen, sondern indem wir ihre Begriffe zergliedern und ihnen auf den Grund gehen, können wir sie für uns gewinnen. Wenn ich ihnen die Verkehrtheit ihrer Anschauung beweisen will, muß ich ihre Anschauungen kennen und sie verständnisvoll untersuchen, sonst steht einer dem anderen in Verbitterung gegenüber und weiß nicht auf eine Linie mit ihm zu kommen.

3. Wir müssen selbständig handeln. Da helfen keine kommunistischen Parolen, sondern der ganze Mensch muß durch und durch kommunistisch sein. Das werden wir aber nicht durch das bloße Anlernen unserer Parolen, sondern indem wir alles Geschehene, politisch, wirtschaftlich, auf dem Gebiet der Erziehung, kurz all das, was wir praktisches Leben nennen, sorgsam durchforscht haben nach kommunistischen Gesichtspunkten.

Aber das setzt voraus, daß wir die Tatsachen dieses Geschehens kennen. Wir wollen uns daran erinnern, daß Marx zu seiner Lehre nur gekommen ist, durch gründliches Studium der vorhandenen Bestandteile in der Geschichte der Menschheit nach ihrer gesellschaftlichen sowohl als auch nach ihrer naturwissenschaftlichen Seite hin.

Mag man die Einzelfragen stellen, wie man will, immer kommt man zu dem Ergebnis: Die KJ. muß neben der politischen Betätigung die Bildungsarbeit in Angriff nehmen, weil „der Kommunismus nur auf Grund der modernen Bildung aufzubauen ist, und ohne dieselbe ein frommer Wunsch bleiben wird“! *)

„At mine Festungstied!“

(Tagebuchauszug einer Jugendgenossin.)

Unsere Genossen und Genossinnen werden sich der Märztage 1921 erinnern, schmerzvoll erinnern, denn mancher edle Mensch mußte von uns gehen, teils auf immer, teils auf längere Dauer — ins Gefängnis. Einen prächtigen Einblick ins innere Seelenleben der eingesperrten Freunde geben uns Tagebuchaufzeichnungen, Briefe usw. Wir bringen darum einen Tagebuchauszug von einer uns allen bekannten Genossin, über die die bürgerliche Pressemeute in jenen Märztagen gewiß die schmählichsten Verleumdungen verbreitete. Wer sieht nicht die wutverzerrten Gesichter der feisten Bürger am Tage der Verhaftung unserer Genossen, als sie hörten, daß auch junge Mädel unter den Kommunisten sind. Bange lugte der Spießer, bis die blutige Macht Hörsings die Arbeiterschaft niedergemetzelt hatte. An den Tagebuchblättern möge jeder erkennen, welche herrlichen Ideale unsere Genossen und Genossinnen bewegten und bewegen werden bis zur Erreichung des Ziels.

Ausgehetzag! Welch seltsam glückliches Gefühl, einen Tag, einige Stunden nur diesen Mauern entrückt zu sein, sich frei fühlen zu können. Die ganze Woche, vom letzten Ausgehetzag her, wird nachgedacht, in welch herrlichen Stückchen Natur wirst du diesmal deine Schritte lenken? Nur recht weit fort aus dem Bereiche deines täglichen Aufenthaltes. —

Dort, in greifbarer Nähe vor dir liegt der Taunus, in ein glänzendes Goldmeer getaucht. Die Sonne entfaltet noch einmal ihre Pracht, um das nach Naturschönheit lechzende Auge zu erquicken. Am nordwestlichen Abendhimmel dunkle schwere Gewitterwolken; ab und zu ein fernes Donnergrollen, das in den toten Räumen des Gefängnisses widerhallt. Langsam zieht das Gewitter herauf. Schon machen sich Anzeichen eines Regenschauers bemerkbar und nun prasselt auch schon das köstliche — so lang entbehrte — Naß aus den Himmelsschleusen. — Am anderen Morgen:

Der Nebel sinkt, die Sonne steigt,
während in Nacht die Ferne sich neigt.
Wie Diamant blitzt auf Blumen der Tau,
es rauschen die Blätter, der Himmel strahlt blau.
Wie kühlt sich das Herz bei diesem Anblick so frei,
wie atmet die Brust so belebend, so neu.

Was macht mir mein armes Leben so reich? Ein jeder Tag, wo die Sonne lacht, wo keine trübe Wolke der Sonne Anblitz überzieht, wo kein hungerndes Vöglein sein Leid mir klagt, wo in der Schönheit der Natur versinkt das stumme Leid, das sind die Tage meiner Freude. — — Was aber macht mich traurig und wehmütig zugleich? Wenn der Himmel voll Wolken und der Regen herunterstreicht, wenn die Vögel schützend ihre Nester aufsuchen. — Ja, — — — und wenn hinter kleinen vergitterten Fenstern bleiche, abgezehrte Gesichter in wilder Verzweiflung die Menschheit verfluchen, dann bin ich traurig, und tiefes Mitleid erfaßt mich für die armen Menschenseelen, die das Leben um ihrer Freiheit willen nicht zu schützen wußten, und es nun um seiner Härte willen verklagen. Ihr armen Menschen, könnte ich euch helfen, die Ketten von eurem Körper, in die man euch legte, ja auch von eurer Seele hinwegnehmen, ich würde glücklich sein, doch ich selbst liege ja körperlich in Ketten und kann mich nicht befreien:

Doch, es kommt der Tag,
wo deine Ketten fallen,
wo du als Freier unter allen
der Jugend Feste feiern wirst.

Und nun auf in den Wald, für heute sei frei!

Meine Schwestern und Brüder, die ihr gleich mir — in Zuchthäusern und Gefängnissen schmachtet, wann können wir sagen: Nicht nur für heute, sondern für immer: Seid frei! Wo bleibt heute die Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse? Im Mistes der Gnade will man sie verschorren. Heute steht die Massenmordmaschine still, nachdem sie tausend und aber tausend Proletarier ins Unglück stürzte, nachdem sie tausend Müttern und Kindern den Ernährer entriß, die für eine gute Idee — für den Kommunismus — ihr Leben einsetzten. Proletarier! Will man auf dieser Basis den „sittlichen“ Wiederaufbau des Volkes beginnen? — — Euch alle grüße ich heute und rufe euch zu:

„Brüder in Eins nun die Hände,
Brüder das Sterben verlacht.
Ewig der Sklaverei ein Ende,
Heilig die letzte Schlacht.“

L. L.

Mit der Kommunistischen Kindergruppe ins Freie!

An einem Spätsommersonntag zogen wir hinaus! Liebevoll spendete die Sonne ihre warmen Strahlen. Jubelnd marschierte die kleine Schar, bald Wander-, bald Kampflieder singend. Ich hatte zuerst gedacht, das wird eine tolle Tour werden. Mit nicht besonderer Begeisterung legab ich mich zur Gruppe, und wurde angenehm enttäuscht. Am Fleischwinkel, den die jungen Genossen selbst vorgeschlagen hatten, entfaltete sich ein reges Leben und Treiben wie in einem Ameisenhaufen. Jeder einzelne trug dazu bei, die Freude zu erhöhen. Man fochte ab, tanzte, sang, spielte, just alles, was ein Kinderherz begehrt. Oft hüpfte ich mal den kleinen Genossinnen Unterhaltungen an, aus denen ich als ältere Genossin auch viel lernen konnte. Denn ein Kind ist in seiner Urteilsfähigkeit viel reiner, gerechter, edler als ein durch den kapitalistischen Sumpf gezogener Erwachsener. Einen Unterton hatten alle Unterhaltungen! Die Kleinen hatten Sehnsucht nach ihrem Jugendleiter. Obwohl mehrere erwachsene Genossinnen da waren, fehlte ihnen doch der Jugendgenosse G. Nun, ich machte ihnen klar, daß dieser mit vielen andern Arbeitern überlastet sei, aber sicher nicht die kleinen Genossen und Genossinnen vergäßt. Vielfach wurde festgestellt, daß die Kinder den Umgang mit den Jugendlichen den mit den Frauen vorziehen. Es ist darum notwendig, daß möglichst viele jugendliche Genossen den Kindergruppen ihre Zeit schenken. Schwere Aufgaben gibt es dabei zu erfüllen. Es gehört viel dazu, sich Kindern zu widmen, gumal es sich um die Förderung der kommunistischen Bewegung handelt. Kommunist sein heißt ein besserer Mensch sein.

G. B.

*) Lenin, Rede an die russische Jugend.

Wie helfen wir unserer gefährdeten Jugend.

Eine Auseinandersetzung mit Staatsanwälten und sonstigen Menschenfreunden.

Der Verein „Jugendhilfe“ hatte es sich angelegen sein lassen, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Wie helfen wir unserer gefährdeten Jugend“ einzuberufen. Neben Pastoren, jungen Lehrern, Staatsanwälten, älteren Damen, waren auch Mitglieder der Kommunistischen Jugend zu dieser Versammlung gegangen, teils um zu hören, wie jene Heuchler der Jugend „helfen“ wollen, teils, um sich grundsätzlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Da auch die Kommunistische Jugend die Aufgabe hat, der Jugend zu helfen, jedoch mit anderen Mitteln, als die sogenannte „Jugendhilfe“, wir es unsere Pflicht, dorthin zu gehen. Die Aula eines Gymnasiums war dicht besetzt und der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berg hatte die Aufgabe übernommen, jene Frage zu lösen. Seine Ausführungen begannen mit der Feststellung, daß nach dem Kriege viele Deutsche, die von Aufbau des Vaterlandes sprachen und ihre Hoffnung auf die Demokratische Partei setzten, enttäuscht worden wären. Die sozialistischen Parteien, die in mehrere Richtungen gespalten sind, bieten ebensowenig Gewähr für einen Aufbau unseres Vaterlandes. Nun es gilt, den Kampf gegen den äußeren und inneren Feind aufzunehmen, scheint ein Kampf aller gegen alle entbrannt. In dieser Zeit der politischen Zerrüttung leide die Jugend am meisten. Es sei deshalb sittliche Pflicht jedes Deutschen, tätigen Anteil an der Rettung der Jugend zu nehmen. Er zitierte: Wenn man die Jugend bessert, braucht man die Erwachsenen nicht zu strafen. Der Staatsanwaltschaftsrat ging auf die Schule ein und meinte, die Erziehung sei die Grundlage der Entwicklung. Viele Eltern legen heute keinen Wert mehr auf die Erziehung. „Erst Erziehung, dann das Vergnügen“ zitierte der Staatsanwaltschaftsrat. In der Schule wird zu wenig Gewicht auf das 7. Gebot gelegt. Es werde zwar gesagt, daß Diebstahl verwerflich sei, aber das sei alles. Anstatt daß der Lehrer mit den Kindern zu dem Felde gehe, auf dem eine Frau die Kartoffeln von dem Acker des Landwirtes hole, und die Kinder aufmerksam mache, daß nun der Landwirt nichts mehr zu ernten habe; daran solle der Kindern die Verwerflichkeit des Diebstahls begreiflich gemacht werden. Der Egoismus sei das Hindernis, welches die Entwicklung hemme. Die hohen Löhne, die ein junger Mensch schon erhält, bilden den Keim zur Verwahrlosung. Ferner stellte der Staatsanwaltschaftsrat fest, daß von allen „Verbrechern“ die meisten schon vom 12. Jahre an strafpflichtig werden. Der Krieg sei zwar mitschuld, daß die Moralbegriffe so vertauscht sind, aber die „Jugendhilfe“ werde alles wieder einrenken. Auch vom Kino und Schundliteratur erzählte der Staatsanwaltschaftsrat, die unheilvoll seien. Der Verein „Jugendhilfe“, der seine Helfer in die „Hütten“ entsendet, um die „Gestrauchelten“ und „Verwahrlosten“ auf den rechten Weg zu bringen, eventuell sie in Fürsorgeerziehung zu nehmen, um sie vor dem Gefängnis zu bewahren, leiste Großes. Viele Erfolgnisse ehemaliger Zöglinge und Schützlinge legen den Beweis seiner Tätigkeit ab. Die „Autorität“ und die Macht der Gerichte müsse jedoch hinter ihnen stehen, um dem Rettungswerke den „nötigen Nachdruck“ zu verleihen. Mit der Aufforderung, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, erzählte der Staatsanwaltschaftsrat, daß der Verein politisch und religiös neutral sei, national erzieherisch wirke, und aus allen Schichten der Bevölkerung Mitglieder und Helfer habe, die „hinabsteigen“ ins Volk und das Rettungswerk leisten. Damit schloß er seine Ausführungen. Die „auf Wunsch“ erfolgte Aussprache benutzten unsere Genossen, um einigermaßen diesem weltfremden „Rettungswerke“ entgegenzutreten. Daß es ausgiebig unmöglich war, bei einer Redezeit von fünf Minuten, dann drei Minuten, zuletzt einer halben Minute, das leuchtet wohl jedem Menschen ein. Daß manchem der „Retter“ in den Ohren gellte, was sie von unsern Genossen hörten, können wir aber begreifen. Daß eine „Dame“ glaubte, einen Arbeiter nur dann anerkennen zu müssen, wenn er möglichst zerschundene und ungewaschene Hände habe, zeugt von großer Weltfremdheit. Daß ein „Kollege“ uns erzählen wollte, in Kayna, auf dem Bau, verdienten die Arbeiter 1000 Mk. in der Woche, ist stark, doch begreifend für seine Gesinnungstätigkeit. Daß Pfarrer Giesecke uns einen Eid abnehmen wollte darüber, wer noch nicht die Woche über im Kino war, oder keine Schundliteratur gelesen hatte, rechnen wir seinem Beruf zugute. Zwar haben sich einige unserer Genossen einer Sünde schuldig gemacht in bezug auf Schundliteratur, indem einer den „Generalanzeiger“ und einer die „Gallische Zeitung“ gelesen hat, aber das ist zu verzeihen. Daß der Oberstaatsanwalt abgerückt war, war schade, er hätte sollen bleiben, es zeugt nicht gerade von einem guten Herzen, mitten im Vortrag „abzutauen“. — Wir werden demnächst unsere grundsätzliche Stellungnahme zu dem Thema ausführlich behandeln und den Nachweis erbringen, warum unsere Jugend gefährdet ist. Denn erst kann man helfen und retten, wenn man die Ursachen der Verwahrlosung weiß. Kein Arzt kann heilen, wenn er die Krankheit nicht kennt.

F. M.

Jugendkartell.

Dienstag abend ½8 Uhr findet im „Volkspark“

Kartellsitzung

statt.

Tagesordnung:

1. Antrag der AJ. betr. öffentlicher Versammlung, (Broschüre vertrieb der KJ.);
2. Geschäftsbericht.
3. Verschiedenes.
   a) Aufnahme des AWB. Trotha;
   b) Stellung zu den Tarifverhandlungen der Angestellten;
   c) Schundliteratur und Kino.

Alle Delegierten haben zu erscheinen.

NB. Alle Jugendkartelle des Bezirks bitten wir ihre Adressen an den Vorsitzenden des Hallischen Kartells W. Nette, Beesenstraße 21, zu senden.

Pranger des Jugendkartells.

Lehrlingsschinderei. Ausbeutung.

Verantwortlich: Fritz Lindenberg, Halle, Jakobstr. 30, I.

11. Bei der Firma „Hansa Lloyd“ müssen die Lehrlinge Ueberstunden arbeiten, die bezahlt werden sollten, aber nicht bezahlt wurden. Darauf haben die Lehrlinge für die Ueberstunden wenigstens gearbeitet und die gesehlten Stunden wurden einfach vom Lohn abgezogen.

12. Schlossermeister Feustel, Jacobstraße 81, läßt seine Lehrlinge 9 bis 10 Stunden arbeiten. Die Lehrlinge sind zur Sonntagsarbeit verpflichtet, das heißt sie müssen für den Meister Vieh futter und Kartoffeln vom Felde holen u. a. m. Ein Lehrling, der jetzt auslernt, bekommt pro Woche 3 Mk.

13. Stellmachermeister Frenzel, Grünstraße, läßt seine Lehrlinge für die Schulzeit länger arbeiten.

14. Bei dem Schuhmachermeister Wilhelm Obst, Dessauer Straße 20a, erhält der Lehrling von der Frau Meisterin Backpfeifen, weil nach ihrer Meinung „Zustände wie in Rußland“ hier herrschen. In ihrer Wut auf die Kommunisten vergreift sie sich an dem Lehrling.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211022-18/fragment/page=0010